



Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 27. Mai 1893.

Inserate die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Reichenstraße 12.

Ob es lohnt?

Die „Eisen-Zeitung“ stellt diese Frage der Reichstagsauflösung gegenüber und ganz nach Sinn und Stuhl der verächtlichsten Reptilpresse kommt sie zu der Antwort, es sei immer noch besser, die Hunderte von Millionen für die neue Militärvorlage zu zahlen, als — den Feind im Lande zu haben, die Kosten eines unglücklichen Krieges tragen zu müssen.

Es lohnt sich hier nicht der Mühe, auf das Reptilgeschwätz der Russen- und Franzosengefahr einzugehen, das besorgt die politische Tagespresse. So schrecklich es klingt, daß Napoleon aus dem armen und armseligen Preußen in 7 Jahren ca. 18 Milliarden erpreßt habe, so werden die deutschen Arbeiter es doch nicht vermissen, daß heute, mitten im Frieden, ihnen von ihren eigenen Landesherrn, der lieben guten Unternehmerklasse ebenfalls Jahr für Jahr Milliarden abgepreßt werden.

Es ist einfach ein plumper Schwindel, wenn die „Eisen-Zeitung“ die Frage so stellt, als ob Annahme der Militärvorlage Frieden und Ablehnung Krieg bedeute; mit mehr Recht kann man sagen, die fortwährende Steigerung des stehenden Heeres steigert gleichzeitig die Kriegsgefahr. Die größte Friedensbürgschaft liegt in der Abrüstung.

Die Militärvorlage hat, wie heutzutage alle politischen und sozialen Tagesfragen, ein wesentlich anderes Gesicht, ob man sie vom Standpunkt des Unternehmers oder des Arbeiters anschaut. Vom Standpunkt der Unternehmer gebietet einfach das Interesse die Annahme; die Armee soll in ihren Augen nicht bloß die letzte Schutzwehr gegen den sogenannten inneren Feind, gegen die Forderungen der Arbeiterklasse bilden, das stehende Heer soll auch dazu dienen, neue Absatzgebiete für die Industrie zu erobern, zu sichern. Daß unter den Unternehmern die Waffenfabrikanten mit so ganz besonders kräftigen Lungen für die Militärvorlage Hurrah schreien, läßt sich begreifen; für diese Haifische des Profites bedeutet die Militärvorlage gesteigerte Dividenden. Denn wie sehr die Morbtechnik sich für diese Herren lohnt, zeigen nachstehende Zahlen.

Es zahlen Dividenden:

	1889	1890	1891/92
Gruson (Panzerthürme)	5	10	10
Ludwig Löwe (Flinten)	18	18	18
Schwarzkopf (Torpedos)	16	16	18
Vulkan, Stettin (Schiffe)			
Stammaktien	0	8	9
Prioritätsaktien	5	8	9

Ganz anders steht die Frage der neuen Geeresvorlage für die Arbeiter. Auf ihnen lastet nicht nur die vermehrte Blutsteuer (denn die Söhne der Reichen dienen nach wie vor als Einjährige in dalei jubilo oder widmen sich der Offizierkarriere), die Arbeiter müssen auch

fast ausschließlich die Hunderte von Millionen jährlich aufbringen, die das Heer in Deutschland kostet. Im laufenden Jahre allein betragen die Gesamtkosten für Militärzwecke 727 Millionen Mark; in den letzten 22 Jahren haben die Ausgaben für Heer und Flotte insgesamt betragen: 12,402 Millionen Mark. Die neue Vorlage vermehrt die Ausgaben abermals um ca. 70 Millionen Mark jährlich!

Wer bringt diese Kosten auf? Der Reiche, der dazu am besten in der Lage, oder der Arme, der es am wenigsten vermag?

Die breiten Massen des Volkes sind es, die in Folge der auf die hauptsächlichsten Konsumartikel gelegten indirekten Steuern auch den Vöwenanteil der Steuerlasten aufbringen müssen. Je reicher und leistungsfähiger der Bürger, um so verhältnismäßig weniger zahlt er Steuern. Man begreift daher das wohlfeile Hurrah-Geschrei der Unternehmerpresse für die Militärvorlage; sie bewilligen die Millionen ja nicht aus ihrer, sondern aus anderer Leute Taschen. Durch vermehrte indirekte Steuern sollen die Mehrererfordernisse aufgebracht werden; gegen die Abschaffung der 40 Millionen-Liebesgabe an die Schnapsbrenner, gegen die Abschaffung der Liebesgabe an die Zuckerbüchse, gegen die Abschaffung z. B. der Eisenzölle oder der Schutzzölle insgesamt wehren sie sich mit Händen und Füßen!

Ihr Patriotismus hört sofort auf, wenn ihr Geldbeutel in Frage kommt. Sobald die Lasten der Militärvorlage durch eine direkte, progressive Einkommensteuer aufgebracht werden müßten, gäbe es keine geschworenen, erbitterteren Feinde als die deutschen Unternehmer! Mit welcher Entrüstung, mit welchem Geheule opponierten sie nicht gegen die Miquel'sche Einkommensteuer. Miquel kannte seine Pappenheimer; er hatte verlangt, daß Jeder der Herren Unternehmer über sein Vermögen eine eidesstattliche Versicherung abgebe. Das war natürlich zu viel! Die Bochumer Millionäre hatten doch seit Jahr und Tag 114 Prozent ihres Vermögens dem Steuerfiskus hinterzogen, noch größere Spitz-Gen des Patriotismus waren die Menschleider, sie hatten ihr Steuervermögen bloß um 205,96 Proz. unterschätzt, die Hagener begnügten sich mit der Unterschlagung von 173 Proz., Duisburg mit 120,31 Proz. und Barmen mit 102,35 Proz. Es ist daher nur zu begreiflich, daß diese eidesstattliche Versicherung von den Unternehmer-Abgeordneten im Landtage niedergestimmt wurde.

Was zeigt nun heute das Ergebnis des ersten Steuerjahres dieser Miquel'schen Einkommensteuer, die von der Unternehmerpresse schon als ein Stück sozialistischer Vermögenskonfiskation hingestellt worden war?

Von 23,3 Millionen Erwerbshätigen in Preußen sind steuerfrei, weil sie ein Einkommen besitzen von unter 900 M.: 20,945,227 Personen.

Das heißt: 90 Proz. der preussischen Bevölkerung leben unter so ärmlichen Verhältnissen, daß nicht einmal der Militärstaat Preußen eine Einkommensteuer zu erheben wagt, weil Noth, Elend und Entbehrung nicht auch noch versteuert werden können.

Es verfügen über ein Einkommen von 900—3000 M.: 2,118,996 Personen. über 3000 M.: 316,889

Da 900—3000 M. Einkommen pro Jahr eine Familie noch nicht von Sorge, Kummer und Entbehrung befreien, so kann man sagen: 99 Proz. der Erwerbsfähigen in Preußen sind arm, hungerleidende Proletarier, die unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen, und nur ein einziges Prozent ist reich, dieses eine Prozent verfügt aber über alle Genüsse des Lebens!

Wie viel an Einkommensteuer zahlen nun diese Reichen der Reichen, diese Spitz-Gen des Patriotismus?

Das Gesamtergebnis der Einkommensteuer ist 124 Millionen M., davon entfallen auf die 2,118,996 Personen, die von 900—3000 M. Einkommen besitzen, 28,6 Proz. = also fast ein Drittel.

Gegenüber diesem Drittel, das von der ärmsten Steuerstufe aufgebracht wird, bringen die Reichen der Reichen, die über mehr als 100,000 M. Jahreseinkommen verfügen

nur 13 Proz. = also nur ungefähr ein Zehntel

auf. Gegenüber dem Unternehmer-Geschrei über diese Miquel'sche Steuerreform, die über die wenigst Bemittelten den größten Prozentfuß, den Reichen der Reichen den verhältnismäßig geringsten aufbürdet, kann man sich ungefähr vergegenwärtigen, was das Geschrei über die aus der Sozialgesetzgebung hervorgehende Belastung der Industrie zu bedeuten hat!

Das Bild wird erst vollständig, wenn wir dieser Belastung gegenüber vergleichen, wie hoch das sternermäßig ermittelte Jahreseinkommen der besitzenden Klassen in Preußen pro Jahr ist.

90 Prozent leben, wie gezeigt, unter so ärmlichen Verhältnissen, daß sogar der hungrige Steuerfiskus vor so viel Elend betroffen sich zurückzieht. Die anderen 10 Prozent aber beziehen — und natürlich nach oben hin steigend — nach den offiziellen Angaben im „Reichsanzeiger“ pro Jahr:

911 Mill. Mark Renten aus Kapitalvermögen,
755 Mill. Mark Renten aus Grundvermögen,
982 Mill. Mark Gewinn aus Handel und Industrie,
593 Mill. Mark Gehälter und sonstige Profite.

Insgesamt also mindestens 3241 Millionen Mark „Entbehrungslohn“, herausgeschunden aus Gesundheit und Knochen der Arbeiter, jener 90 Prozent, wahrscheinlich aber sind es viele, viele Hunderte von Millionen, viel-

leicht sogar Milliarden mehr „Entbehrungslohn“, wenn man sich erinnert, wie die Unternehmer sich gegen den Eideszwang gestraubt, der ihnen das „Bochumern“ doch gewaltig erschwert hätte, und andererseits, wie unverschämt „gebochumert“ worden ist.

Angesichts der Thatsache, daß diese Milliarden von Jahreseinkommen zur Tragung der Militärlasten nicht herangezogen werden, daß die 727 Millionen im Jahre 1892/93 ebenso wie die durch die neue Militärvorlage drohenden 100 Millionen Mehrausgaben durch indirekte Steuern aufgebracht werden müssen, also hauptsächlich von den 90 Proz. Armen, begreift man freilich, daß für die Unternehmerklasse und deren litterarische Soldaten diese Mehrausgabe sich lohnte. Sie müssen sie nicht bezahlen, im Gegentheil, sie laden so und so viel Millionen davon als Unternehmerprofit ein.

Für die Arbeiter aber lohnt ganz etwas anderes!

Erstens die Militärvorlage zu verworfen und mit dem ganzen Militarismus aufzuräumen! Zweitens die politische Herrschaft der Unternehmerklasse zu brechen, die ihnen — ein viel deutlicherer innerer Napoleon — jährlich Tausende von Millionen als „Entbehrungslohn“ abpreßt! Und drittens, Grundlagen zu legen für eine neue soziale Ordnung der Dinge, die keinen Raum mehr hat für das Parasiten- und Faulenzertum in der heutigen Gesellschaft.

Das lohnt sich für die Arbeiterklasse, für die 90 Prozent der von allen Lebensgenüssen ausgeschlossenen Parasiten der Gegenwart!

Die Neuwahlen geben ihnen eine Waffe schneidigster Art in die Hand!

Wählt keine Konservativen, ultramontanen, freijünglichen zc. Vertreter und Vertretter der Unternehmer-Interessen, wählt Vertreter eurer eigenen Interessen, wählt Vertreter der Arbeiter-Interessen!

Mit einem Wort:

Wählt Sozialdemokraten!

Das lohnt sich!

Zur Geschichte der Metall-Arbeiterstreiks.

Im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, das im Verlag von Gustav Fischer in Jena erscheint, wurde vor einiger Zeit von dem Privatdozenten Herrn K. Oldenberg ein längerer Artikel über die Streiks in Deutschland veröffentlicht. In der Einleitung wird sehr richtig hervorgehoben, daß entsprechend der modernen Gestaltung des Wirtschaftslebens mit seinem Weltmarkt allmählich vom örtlichen zum nationalen und von diesem zum internationalen Streik übergegangen werde. Die Zunahme der Streiks in Deutschland erklärt der Verfasser nicht allein mit dem veränderten Charakter des Streiks. „Wie jedes Saisongewerbe als solches zu Streiks disponiert ist, weil der Saisonwechsel die Neigungen im Lohnverhältnisse begünstigt und das soziale Gleich-

gewicht stört, so steigert sich auch die Brädisposition zum Streiken mit der Festigkeit der Konjunkturschwankungen. Dazu trat das Zueinandergreifen geschichtlicher Umstände, die gerade in Deutschland die schärfsten Gegensätze von Stille und Sturm nachbarlich aneinandergehängt haben."

Ueber die Erfolge der Streiks bis zum Jahre 1878 erfahren wir da, daß sie den Lohnsatz um 20 bis 100 Prozent erhöhten — damit freilich vielfach nur die Vertheuerung des Lebensunterhaltes ausgleichend — und eine Reduktion der Arbeitszeit in welchem Umfange von 11 auf 10, ja 9 1/2 Stunden erreichten.

In dem Abschnitt über die Streiks in den einzelnen Branchen wird besonders die Bewegung in der Metallindustrie eingehend behandelt. Dieselbe organisierte sich, lesen wir, hauptsächlich in Mitteldeutschland, spät und zunächst ohne Sonderung der Branchen (Schmiede, Schlosser, Klempner, ferner Gold- und Silberarbeiter etc.), die wohl theilweise in Fabriken zur Interessengemeinschaft vereinigt sind, daneben aber die schroffsten Gegensätze vom kleinen Handwerk, hausindustrieller und Fabrikarbeit umschließen. Der Verstand Max Hirsch in den großen Berliner Fabriken verfloß den Schweizerianern die Einfallschpore. Auch die internationale Gewerkschaft der Metallarbeiter, zunächst die einzige Zentralorganisation, zählte zur Zeit ihrer Blüthe wenig mehr als 4000 Mitglieder, ging nach den Gründerjahren stark zurück und erreichte erst 1877 kurz vor ihrer Auflösung wieder ähnliche Ziffern. Die mit der Zeit hinzutretenden Spezialverbände: der vorzugsweise in Hamburg angelegene Formverbund, der Schutdebereiner und der Klempnerverband gediehen im Ganzen nicht besser. Der Metallarbeiterkongress in Hannover 1874 versuchte mit schlechtem Erfolge eine von Berlin geleitete Gesamtorganisation ins Leben zu rufen, der die Branchenverbände sich unter Bewahrung einer gewissen Selbstständigkeit einordnen sollten. Entsprechend gestalteten sich damals die Lohnkämpfe. Die wichtigsten Streikstätten waren außer Berlin und Hamburg in den Branchen Eisengießerei und Maschinenbau: Lüneburg, Barmer, Kemscheid, Aachen, Offenbach, Darmstadt, Mannheim, Chemnitz; in der Fabrikation von Eisenbahnbedarfstücken: Regensburg, Köln, Breslau; in der Schlosserei: Bremen, Gilpe (Westfalen), Frankfurt a. M., Nürnberg, Fürth und Schwabach. Die durchgängig in der Offensive befindlichen Arbeiter hatten ihrer schlechten Organisation wegen sehr ungleiche Erfolge; namentlich über den Ausständen der Eisenbahnwerkstätten und Wagenfabriken waltete ein Unstern. Berühmt ist der unglückliche Moskische Agitationsstreik von 6500 Maschinenbau- und Gießereiarbeitern in Chemnitz im Spätherbst 1871. In Hamburg und seiner Nachbarschaft verzeichneten die Jahre 1869—74 eine stattliche Reihe großer Fabrikstreiks von wechselndem Erfolge; einer (Kehoe, 38 Wochen 1872/73) richtete die betroffene Fabrik zu Grunde. In Berlin unterlagen August 1871 in der Norddeutschen Fabrik für Eisenbahnbetriebsmaterial (A.-G.) 1000 Arbeiter; die Silber- und Goldarbeiter dagegen setzten 1871/72 durch 8wöchentlichen Streik eine Lohnerhöhung von 25 Proz. glücklich durch, während im Herbst 1872 der Eisenstreik von gegen 2000 Arbeitern der Pflug'schen Fabrik für Eisenbahnbedarf (Aktien-Ges.) mit gänzlicher Niederlage endete. Es war ein Partikalarstreik zur Durchsetzung von Forderungen, die der sozialdemokratische Verein angeregt, der große Ortsverein Max Hirsch's unterworfen hatte. Während des zweimonatlichen Ausstandes war die Firma eine Zeit lang am Rande der Liquidation, konnte aber schließlich die wichtigsten Arbeitsposten besetzen. Unter solchen Um-

ständen hatten die Gegenkoalitionen, namentlich der Maschinenfabrikanten, bald das Heft in Händen und regirten um die Mitte des Jahrzehnts mit schwarzen Listen rücksichtslos.

Die neue Bewegung, heißt es weiter, begann Ende 1880 mit der Gründung einer Zentralrentenkasse (Hamburg), der im Herbst 1883 eine mit Einsicht redigirte Fachzeitung, die Nürnberger „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ zur Seite trat. Mit Hilfe dieses doppelten Hebeles waren Anfangs 1884 bereits an 23 Orten Fachvereine ins Leben gerufen; in der Regel kleine, aber rührige Minoritäten. Sobald es sich um interlokale Vereinigung handelte, befristeten die großen Städte mit Leidenschaftlichkeit eine selbständige Organisation der Branchen. Der Ende 1884 in Gera tagende Metallarbeiterkongress schuf jedoch einen generellen Metallarbeiterverband (unter Leitung eines in Mannheim domicilirten Ausschusses), dem übrigens nicht alle Lokalverbände beitraten. Er zählte nur 23 Filialen mit 1776 Mitgliedern, als die Polizei ihn im August 1885 auf Grund einer unvorsichtigen Aeußerung des Ausschusses schloß. Die von der Reichskommission am 12. Dezember bestätigte Schließung war ein schwerer Schlag, der z. B. die badensischen Vereine zur gänzlichen Auflösung brachte. Seitdem ist eine energische Regeneration erfolgt. Oktober 1886 zählte man 8000 organisierte Metallarbeiter, März 1888 91 Vereine, darunter den Hamburger Schlosserverband mit 2000 Mitgliedern. Formner, Klempner, Schlosser und Feilenhauer haben meist ihre Sondervereine, Schmiede und Mechaniker haben interlokale Sonderverbände, einige Branchen sogar Spezialzeitungen begründet. Ein Ende Mai 1888 in Weimar abgehaltener Metallarbeiterkongress hat mit Rücksicht auf die Polizei lokale, übrigens nach Branchen gesonderte Organisation empfohlen und für die wichtigsten Zweige Vertrauensmänner ernannt, die agiliten und die Streiks reguliren.

Die Arbeitseinstellungen nahmen in den letzten 5 Jahren schnell zu; nur 1887 zeigt einen von der Konjunktur bedingten Rückgang. Es gab zirka 60 Streiks von mäßigen Dimensionen. Ursachen und Erfolge sind auf das Bunteste gemischt. Der große Streik in der Berliner Nähmaschinenfabrik Frister und Rossmann 1884 zeigt einige Aehnlichkeit mit dem 1872er Streik, hatte aber denselben Charakter und verlief viel tumultuarischer. Dieser, wie die meisten größeren Streiks, endeten mit einer Niederlage. Auszunehmen ist, abgesehen von den jüngsten Ereignissen, namentlich der 22 wöchentliche Formnerstreik in Altona-Dittensen 1887, der bei einer Betheiligung von 115 Mann, einem Aufwand von 22,548 M nicht ungünstig abschloß. Ein Metallschlägerstreik zu Fürth (1887) ist als Beispiel der Koalition von Arbeitern und Meistern gegen die Grossisten (ähnlich wie 1874 dabelbst) interessant. Sämmtliche 102 Arbeiter feierten 7 Wochen lang, die ebenso zahlreichen Einlegeeimen (meist die Frauen der Schläger) mußten ungefragt mithalten, wo die Arbeiter nicht streikten, schloß der Meister die Werkstat. Der von den Grossisten schließlich bewilligte Preiszuschlag ermöglichte eine Aufbesserung der Arbeitsbedingungen.

Als Beispiel nationaler Streiks sind die seit November 1888 spielenden Ausstände der Formner bedeutsam, wir schalten ein, daß der Fortschritt von örtlicher zu nationaler Organisation den großindustriellen Arbeitern aus mehreren Gründen erleichtert ist. Eine nationale Organisation haben die Formner zwar nicht, aber abgesehen von der gemeinsam günstigen Konjunktur gaben gewisse Beschlüsse eines an Pfingsten 1888 in Magdeburg tagenden deutschen Formnerkongresses den Anstoß zu einem gleichzeitigen, wenn auch

keineswegs ebenmäßigen Vorgehen im folgenden Herbst und die Ausstände selbst veranlaßten wenigstens die Bildung einer Zentralstelle zur Vermittlung des Unterstüzungswesens. Während u. a. in Berlin eine Lohnforderung ohne Streik durchging, kam es in Braunschweig wegen Vernachlässigung eines von den Formnern eingerichteten Arbeitsnachweises seitens Arbeitgeber am 5. Juni zu einem partiellen Streik, dem am 22. die Aussperrung fast aller zirka 180 Formner folgte. Aehnlich ging es am 8. Dezember in Hamburg (210 Formner). Am 22. November legten 75 Flensburger und 20 in Grabow bei Stettin beschäftigte Formner mit Lohnforderungen die Arbeit nieder. Die fast überall vereinigten Eisengießereibesitzer beschloßen auf einer in Hannover Mitte Januar 1889 tagenden Konferenz, den betroffenen Kollegen ihre Formen zum Selbstkostenpreis abzugeben. Die nicht streikenden Formner haben sich aber vielfach gewelgert, zu solcher Anstalts die Hand zu bieten und in Wolfenbüttel kam es darüber zum Ausstände. In Altona benutzten einige Fabrikanten die Situation, den dortigen Fachverein in Verruf zu erklären und führten damit einen 6. Ausstand herbei (Mitte Februar), der über 60 Mann betrifft. Im Sommer kamen noch drei kürzere Ausstände in Binden bei Hannover, Bahreuth und Bernburg hinzu. Die Unterstühtungen flossen reichlich und jede Unterstühtungsquelle bedeutet einen künftigen Streik. Die von den Fabrikanten massenhaft angeworbenen Ersatzmänner, hauptsächlich Böhmen, Schleier und Ostpreußen, großentheils technisch nur halb brauchbar, suchte man trotz polizeilicher Unterstühtung vergeblich vor allem Kontakte mit der Außenwelt abzuschließen; allein aus Hamburg wurden 150 importirte Fremde, meist Böhmen, von den Ausständigen mit einem Aufwande von 6000 M nach Hause spedirt. Die Fabrikanten führen ihre Sache mit der Schärfe eines Prinzipienstreites. Die größte der Flensburger Firmen, eine Schiffswerft, sperrte gleich anfangs ihr ganzes Personal, 1000 Mann, 3 Wochen lang aus, um auf die Streikenden einen Druck üben zu lassen, aber erfolglos, und die Formner blieben hier im Laufe der folgenden Monate siegreich. Die Firma in Grabow schloß nach 19 Wochen ein Kompromiß. Anderwärts halten die Arbeitgeber ihre Koalition durch rigorose Strenge aufrecht. Die Gründung eines „Vereins der Metallindustrie der Provinz Hannover und angrenzender Gebiete“ im Mai, ausschließlich zum Zwecke der wirksameren Handhabung schwarzer Listen, wurde mit Arbeitsniederlegung in allen Gießereien der Stadt Hannover Mitte Juni beantwortet. Die zahlreichen Strafprozesse gegen angeblithe Ergebenen endeten zum guten Theil mit deren Freisprechung. Jetzt (Anfangs Oktober) dauern die Ausstände in Braunschweig, Hamburg, Altona und Hannover fort; von den Betheiligten der drei ersteren haben 302 die Stadt und zum Theil das Vaterland verlassen, etwa 50 haben nachgegeben, 71 setzen den Streik fort. Die Kosten betragen bis Ende August in Braunschweig 33,000, in Hamburg 62,000, in Altona 12,700, in Grabow und Bernburg zusammen über 5000, in Flensburg bis zum 24. März 14,592 M, worunter 5722 für die ausgesperrten Werftarbeiter.

Unter den übrigen Metallarbeiterstreiks des Jahres 1889 bildet eine noch unerledigte Affaire in der Nürnberger Elektrodynamischen Maschinenfabrik von Schudert & Co. das Gegenstück zu den Ausständen der Formner. Hier streikten seit einigen Wochen Schlosser, Maschinenbauer, Monteure, Feinmechaniker, Metallbrücker, Schmiede, Flaschner, Radierer, Schreiner, Hilfsarbeiter, zusammen etwa 280 Mann. Den Anlaß gab die Entlassung eines beliebten Agitators durch den Fabrikanten.

Einmal gaben schon beide Theile gleichzeitig ihre Sache fast verloren. —

Soweit Herr Oldenberg, dessen Darstellung nur bis ins Jahr 1889 reicht. Ein Rückblick auf einen mehrjährigen Abschnitt der Arbeiterbewegung ist immer interessant und nach dem Grundsatz, daß die Weltgeschichte die Lehrmeisterin der Menschheit, auch lehrreich. Um letzteres aber ganz zu erreichen, mußte die Streikgeschichte breiter angelegt und eine ausführliche, übersichtliche Darstellung jedes einzelnen Streiks in seinem Anfang, Verlauf und Ende sowie in seinen Folgen gegeben werden. Die beste Vorarbeit dazu könnte die Arbeiterpresse in Verbindung mit den Verbandsvorständen leisten und der beste Verfasser einer eingehenden Streikgeschichte ist jedenfalls ein erfahrener Sozialdemokrat.

Gleichheit und Gerechtigkeit.

Die der französischen Revolution als leuchtender Stern vorangestellte Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, ist heute nach 100 Jahren leider immer noch nicht viel mehr als eine inhaltlose Phrase. Darum bildet auch die Gerechtigkeit, welche die Krone jener drei Grundsätze sein sollte, noch immer ein unerreichtes Ideal. „Freilich an der allgemeinen Hochschätzung der Gerechtigkeit fehlt es heute nicht und hat es, scheint, nie gefehlt. Wahrheit, Schönheit, Gerechtigkeit! Welch weltumfassender, herzhebender Dreiklang! Wahrheit der Erkenntnis, Schönheit der Empfindung, Gerechtigkeit der Handlung, wer pries nicht diese Ideen und freute sich nicht, wo sie in die Erscheinung treten!“ So sagt der Berner Universitätsprofessor Philipp Lotmar in einem Vortrage, den er verfloßenen Winter über „die Gerechtigkeit“ in Bern gehalten und der mit einem Vortrage desselben Gelehrten über „Vom Rechte, das mit uns geboren ist“, jüngst im Druck erschienen ist.

Vom fernsten Alterthum bis zur Gegenwart, fährt Professor Lotmar fort, im Orient, wie im Occident, hat Gerechtigkeit als ein köstliches Gut gegolten, dessen Besitz die meisten für sich in Anspruch nehmen oder zu erlangen streben. Und wer auch, bescheiden, sich nicht rühmen mag, in allen Sünden nach der Gerechtigkeit zu leben, der möchte doch als ihr Freund gelten, den Sinn für sie haben und des Gerechtigkeitsgefühls theilhaftig sein. Dieses Gefühl reagirt gegen die Ungerechtigkeit in wechselnder Stärke, vom leisen Zweifel und der Mißbilligung bis zur Entrüstung und zur Empörung, ist aber dort am meisten ausgebildet, wo es nachhaltig erregt bleibt und durch die von Anderen erduldete Ungerechtigkeit ebenso verletzt wird, als ob diese von seinem Träger selbst erlitten würde. Für den wahrhaft Gerechten wird es dabei auch einerlei sein, ob er für seine Person eine gleiche Ungerechtigkeit zu fürchten hat, oder ob er dagegen gesichert ist.

In jeder Moral — wenigstens der Kulturvölker — so viel sie auch von den andern abweicht, wird die Gerechtigkeit als Tugend gepriesen und ihre Ausübung dringend empfohlen. Sie bildet nach einem bekannten Sprüchwort das Fundament der Staaten, die wanken und zusammenstürzen, wo die Gerechtigkeit leidet, während sie da am Besten bestellt sein sollen, wo die Gerechtigkeit waltet. Ihre Verwirklichung soll die eigentliche Aufgabe des Staates, nie die Bedingung eines wirklichen Fortschrittes der Menschheit sein. Und Polytheisten wie Monotheisten erachten die Gerechtigkeit als eine so schöne und erhabene Eigenschaft, daß sie dieselbe vor Allem ihren Göttern zuschrieben. Was die Menschen an Ihresgleichen so hoch schätzen, mußte im höchsten Maße dem idealisirten Menschenbilde gegeben sein. Bei Homer, dann bei Plato und Ari-

stoteles, in der hebräischen Poesie, im alten wie im neuen Testamente und bei Kirchenvätern treffen wir die Gerechtigkeit in einem noch viel weiteren Sinne an als wir mit dem Worte zu verbinden pflegen. Dort ist der Gerechte der Tugendhafte und die Gerechtigkeit erscheint als der Inbegriff aller Tugenden.

Auf die Frage: Was ist die stehende Forderung der Gerechtigkeit? hat Aristoteles schon vor 2200 Jahren geantwortet, daß die Gleichheit, die verhältnismäßige Gleichheit das Wesen der Gerechtigkeit sei. „Gerechtigkeit (überhaupt) ist Tugend, nach welcher gerecht Derjenige genannt wird, welcher nach seiner Wahl das Gerechte thut und bei der Vertheilung zwischen sich und einem Andern, wie zwischen einem Andern und einem Dritten nicht also verfährt, daß er von dem Wünschenwerthen sich selber das Mehr, das Weniger aber seinem Nächsten zutheilt und umgekehrt von dem Schädlichen, sondern das Gleiche nach Verhältnis, d. h. nach geometrischer Proportion und ebenso auch einem Andern gegenüber einem Dritten.“ Ungerechtigkeit dagegen ist nicht bloß die Ungleichbehandlung des Gleichen, sondern auch die Gleichbehandlung des Ungleichen.

Wesentliche Forderung der Gerechtigkeit ist die Unparteilichkeit. Sie findet Ausdruck in dem deutschen Rechtspruchwort: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man soll sie billig hören beide.“ Populärer und weittragender ist das gerechte Verlangen nach Gleichbehandlung in die Worte gefaßt: „Was dem Einen recht, ist dem Andern billig.“ Auch glaubte man gewißlich der Gerechtigkeit zu dienen, als man in Verfassungsurkunden die Bürger als vor dem Gesetze gleich erklärte. Doch hat diese Erklärung dann nicht viel zu bedeuten, wenn schon viel Ungleichheit unter den Bürgern gesetzlich besteht und wenn die Erklärung nicht die künftige Gesetzgebung, sondern nur den gerichtlichen Rechtsschutz regeln soll. „Die Gerechtigkeit der Forderung, daß den Rechten Aller der gleiche Schutz zu Theil werde, wird — wie Mill sagt — auch von Denjenigen verfochten, welche die schrecklichste Ungleichheit in den Rechten selbst aufrecht erhalten wissen wollen.“ Mehr Bedeutung für die Gerechtigkeit gewann jener Verfassungssatz durch die gleichzeitig erklärte Abschaffung aller Standesvorrechte. Denn den herrschenden Gerechtigkeitsanschauungen widersprecht alles Privilegien-, Stände-, Klassen- und Kastensystem, insofern es formelle oder gesetzliche Anerkennung findet.

Die Gerechtigkeit soll einen Maßstab geben für die Vertheilung der finanziellen Staatslasten auf die einzelnen Bürger. Von Ungleichen soll nicht Gleiches gefordert und genommen werden. Die Ungleichheit der Bürger besteht, wo es sich um Tragung von Vermögenslasten handelt, in der Verschiedenheit ihrer finanziellen Tragkraft, d. h. ihres Besitzes und ihres Einkommens. Dieser Ungleichheit der Staatsbürger trägt die indirekte Steuer, namentlich die auf Lebensmittel gelegte, da sie den mehr bemittelten weniger belastet, keine Rechnung. Die indirekten Steuern sind daher ungerecht. Daß sie auch dafür angesehen werden, ist ein Zeugniß für die fortbauende Gültigkeit des aristotelischen Gerechtigkeitsbegriffes. Vor dem Vorwurf der Ungerechtigkeit würde man die indirekten Steuern auch nicht durch die Behauptung schützen können, daß alle Bürger am Bestand und Wirken des Staates ein gleiches Interesse haben, daß der Staat Allen gleichviel leiste, daß daher Alle womöglich gleiche Beiträge zu seiner Erhaltung zu entrichten hätten. Der Staat wäre dabei einem Kaufmann gleichgestellt, der allen Kunden für dieselben Waaren gleiche Preise anrechnet, den Preis also nicht in ein Verhältnis zu den Zahlungsmitteln der Käufer bringt. Nach Maßgabe des angenommenen

Gerechtigkeitsprinzips darf hingegen die Ungleichheit, daß Militärdienst ausgeschlossen sind, bei uns nicht als Ungerechtigkeit betrachtet werden. Denn die hierin liegende Bevorzugung oder Benachteiligung der Frauen, daß also eine Hälfte der Staatsbürger ungleich der andern behandelt wird, kann man als Anpassung an die Ungleichheit der Vorbedingungen, die Ungleichheit der für den Soldatenberuf erforderlichen Körperkräfte ansehen. Dieser Ungleichheit entspricht aber nicht die andere, daß in den meisten Staaten die Frauen von dem politischen Wahlrecht ausgeschlossen sind, auch wo dieses ein gleiches und allgemeines genannt wird. Da auch die Regierungsämter nur Männern zugänglich sind, so werden die Frauen politisch völlig von den Männern beherrscht. Diese möglichst weitgeführte Ungleichheit entspricht, wie gesagt, keineswegs der Ungleichheit der Körperkräfte der Geschlechter, weil das politische Wahlrecht und die Theilnahme an der Regierung nach unseren Begriffen zur Körperkraft gar keinen Bezug hat. Da sich aber eine andere Verschiedenheit der Geschlechter schwerlich angeben läßt, der jene Zurücksetzung der Frauen im Staatsleben entsprechend wäre, so wird dieselbe wohl zu der großen Zahl von oblosen Privilegien gehören, durch welche die Männer die Frauen im Buche der Geschichte ausgezeichnet haben und die man unter dem Namen der Unterdrückung oder Ohrigkeit der Frau in diesem Jahrhundert hie und da wenigstens anzuerkennen angefangen hat.

Weltkongresse.

Wie sich die Zeiten ändern! Die Arbeiterfrage, die man noch vor ein paar Jahrzehnten mit müßigen Phrasen glaubte abthun zu können, beherrscht heute alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Die ausgesprochene Ansicht des Reichstanzlers Caprivi: „Alle Gesegentwürfe werden vor ihrer Einbringung eingehend auf ihre sozialpolitische Tragweite geprüft“, kennzeichnet am treffendsten die Situation.

Am liebsten wünscht man ja seitens der herrschenden Klassen alle Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, zum Teufel; noch lieber würde man sehen, könnten sie gewaltfam gehindert werden. Das geht aber nicht. Die Arbeiter gehen so besonnen und taktisch klug zu Werke, daß man ihnen, auch bei dem redlichsten Willen dazu, nicht an den Krügen kommen kann. Die Kritik, welche die Arbeiter an der bürgerlichen Gesellschaft üben, ist eine so zutreffende und überzeugende, daß jeder wahrheitsliebende Mensch sich dem Zwang dieser überzeugenden Kritik nicht entziehen kann und zugeben muß, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Es hat schwer, sehr schwer gehalten, ehe die herrschenden Klassen, wenigstens ein Theil derselben, sich zu dem Zugeständnis von den berechtigten Forderungen der Arbeiter bequemt haben. Zwar hat man, so viel der Versuche nach dieser Richtung hin auch unternommen sind, eine genaue Deklaration und Definition des Begriffes „berechtigten Forderungen“ nicht erhalten können. Das thut auch nichts zur Sache. Erreicht ist wenigstens, daß auch die herrschenden Klassen gezwungen sind, der Untersuchung der verschiedenen Gebiete der Arbeiterfrage ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Ja sie geben sich sogar den Anschein, daß sie sich dem Studium der sozialen Frage mit Liebe und Hingebung widmen, um unter der Aufdeckung einer „echten Arbeitermannschaft“ dem Arbeiter Vertrauen einzufößen, daß es nur in seinem eigenen Interesse und zu seinem Vortheil geschehe, wenn er sich aus „den Massen und der Umgarung der Sozialdemokratie“ befreien lasse. In dieser Handlung ist schon ein bedeutender Wandel

der Zeiten zu verzeichnen. Während früher die herrschenden Klassen der Meinung waren, die sozialdemokratischen Bestrebungen könnten mit der faulen Phrase von der Utopisterei dem Fluche der Lächerlichkeit überantwortet und abgethan werden, müssen sie heute die Erfahrung machen, daß sie der sozialistischen Kritik mit Vernunftgründen nicht zu begegnen vermögen, ihre niedrigsten Köpfe derselben nicht gewachsen sind und deshalb zu dem Geständnis gezwungen werden: Ja es muß und soll etwas für die Arbeiterklasse gethan werden.

Ueber das Anerkennniß von der Nothlage der arbeitenden Klassen und dem Zugeständnis, daß zur Vinderung der Nothlage etwas geschehen müsse, kommt nun die herrschende Klasse nicht hinaus. Sie will den Belz waschen, ihn aber nicht naß machen. Sie will grübeln, suchen, ergründen, trotzdem das Uebel in seiner Wurzel doch schon seit Jahren erkannt und bloßgelegt worden ist. Es ist die alte „Vogel-Strauß-Politik“, ein Verschleppungsverfahren, darauf berechnet, die indifferente Masse in Sicherheit zu wiegen, einzulullen, von der Wahrung ihrer Interessen abzuhalten.

Wenn der Schuh drückt, der weiß doch auch am besten, wo er ihn drückt, und der hat auch das eifrige Bestreben, durch Beseitigung der Ursache das Schmerzgefühl los zu werden. Genau so verhält es sich mit der Lösung der Arbeiterfrage. Die immer drückender werdende Noth hat das Denkönnen des Arbeiters geschärft. Er hat der Ursache derselben nachgeforscht, da er die Unmöglichkeit einseh, die Wirkungen der Nothlage auf die Dauer zu ertragen. Die Lebensnoth wurde immer unerträglicher. Die Mittel, derselben zu steuern, erwiesen sich als unzulänglich. Kaum waren die geschlagenen Wunden in einer arbeitsreichen Zeit vernarbt, so folgte die arbeitslose Zeit, unerbittlich die alten Wunden wieder aufreißend und neue dazu schlagend. So zwang das eigene Schicksal den Arbeiter, der Ursache seiner Nothlage nachzuforschen. Die Nachforschung wurde die Quelle seiner Klassenerkenntnis.

Mit der Klassenerkenntnis, mit der Bloßlegung der Ursache des Elends war auch das Ziel gegeben, welches sich die Arbeiterbewegung stecken mußte. Und mit dem Ziel trat auch das Mittel dem Arbeiter klar vor Augen, dessen er sich bedienen muß, das Ziel zu erreichen.

Die Ursache des die Arbeiterklasse drückenden Nothstandes ist die Lohnarbeit, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Degradierung des bestlosigen Arbeiters zur Handelswaare. Soll also die Nothlage der Arbeiterklasse dauernd und gründlich behoben werden, so ist dies Ziel nur durch die Beseitigung der Lohnarbeit zu erreichen. Da aber auf der Existenz der Lohnarbeit die Organisation der bürgerlichen Gesellschaft beruht und ihr Bestand nur durch die Aufrechterhaltung der Lohnarbeit denkbar ist, so wird zur Aufhebung derselben die herrschende Klasse niemals die Hand bieten, so wird und muß das Werk der Arbeiterklasse sein.

Die Klassenerkenntnis ist der zum klaren Bewußtsein des Arbeiters gekommene Interessengegensatz, der zwischen Arbeit und Kapital besteht. Daraus folgt, daß zur Wahrung ihrer Interessen die Klassengenossen zusammenzutreten, gemeinschaftlich vorzugehen haben. Die Arbeiter, als die wirtschaftlich Schwächeren, waren zuerst auf diesen Weg angewiesen. Sie haben ihn betreten, und mit Erfolg. Gemeinsames solidarische Handeln ist das Charakteristikum der modernen Arbeiterbewegung. Die Besitzer der Arbeitsmittel sind erst durch die Erfolge, welche die Solidarität der Arbeiter erringen mußte, dazu gelangt, den gleichen Weg zu betreten. Wenn nun auch vor der Hand dadurch das wirtschaftliche Ueber-

gewicht der Besitzer der Arbeitsmittel bedeutend gehoben ist, so ist die Organisation der kapitalgewaltigen doch mit der Anstöß gewesen, die internationale Verbündung der Arbeiter aller Kulturländer anzubahnen. Und das ist auch ein Gewinn, und zwar ein bedeutender.

Auf dem Gebiete der internationalen Organisation liegt das Uebergewicht der Arbeiterklasse über das Ausbeuterthum. Das Bessere kommt wohl zusammen, um sich über die oben bezeichnete trockene Pelzwäsche zu unterhalten oder seine Meinungen auszutauschen, wie man die auffälligen Arbeiter am besten zur Raifon bringen kann, niemals werden sich die Ausbeuter der einzelnen Länder aber zur brüderlichen gegenseitigen Unterstützung bereit finden lassen. Das hat seinen Grund in der unersättlichen Profitgier. Durch die Aneignung des Mehrwerthes seitens der Unternehmer, des Ertrags der Arbeit über den Marktpreis der Arbeitskraft hinaus, konzentriren sich Riesenerträge in wenigen Händen in so kolossalem Maße, daß eine Verwendung unter der Voraussetzung kapitalistischer Ausbeutung kaum möglich ist. Absatzgebiete sind nicht mehr zu erschließen. Die Welt ist sozusagen aufgetheilt. Die Bourgeoisie eines jeden Landes sucht die des andern vom Wettbewerb im eigenen Lande auszuschließen. Die Errichtung der Zollschranken und die Entfesselung des Zollkrieges sind die Folgen. Wird nun die Bourgeoisie eines Landes durch die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, die sie mit der Arbeiterklasse auszufechten hat, in Verlegenheit gesetzt, so kann das der Bourgeoisie eines oder mehrerer anderer Länder lieb sein, einmal, weil ihr die lästige Konkurrenz vom Hals gehalten wird, und das andere Mal, daß sie selbst aus der Verteidigungsstellung zum Angriff übergehen kann. Aus diesen Gründen haben die internationalen Kongresse der Arbeiter an und für sich schon eine größere Bedeutung als wie diejenigen der Bourgeoisie, abgesehen davon, daß auf den letzteren zumieist leeres Stroh gedroschen wird.

Darum vermag den internationalen Arbeiterkongress nichts zu verdunkeln, nichts seine stetig wachsende Bedeutung zu schmälern, mag seitens der Bourgeoisie eine noch so große Vieltheit in der Veranstaltung gleicher Kongresse entwickelt werden. Die letzteren heben sich über das Niveau selbster Phrasendrescherie nicht hinaus, in ihrem Effekt darauf berechnet, den Leichtgläubigen Sand in die Augen zu streuen.

So will die Bourgeoisie die prunkhafte Zurschaufstellung ihrer Reichthümer auf der Weltausstellung in Chicago benutzen, sich mit dem Mäntelchen der Arbeiterfreundlichkeit zu drapieren und einen Kongress zur theoretischen Erörterung der Arbeiterfrage einberufen. Derselbe soll ebenfalls, wie der Züricher Kongress, im August d. J. stattfinden. Die Bourgeoisie glaubt, wie in der Produktion und der Reichthumsanhäufung müsse sie auch auf wissenschaftlichem Gebiete mit der Massenhaftigkeit imponieren. Fabrikationsmäßig soll während der Ausstellungsperiode ein Kongress den anderen jagen. 16 Hauptabtheilungen auf allen Wissensgebieten sind vorgeesehen, die dann wieder in Unterabtheilungen zerfallen. Der Wichtigkeit der Arbeiterfrage gemäß, sind derselben vier Abtheilungen zugewendet. Bei der Aufstellung des Kongressprogrammes hat die Bourgeoisie eine weiße Vorrichtung entwickelt, denn genau wie unsere Mitvorderen, die einen Hain dem „unbekannten Gette“, im Gegenjag zu den bekannten Göttern, weihen, so hat auch die Bourgeoisie in Chicago die 16. Kongressabtheilung für alle die Fächer reservirt, die in einer anderen Abtheilung nicht unterzubringen sind.

Nun kann der Kongresspunkt losgehen. Wir befürchten nur, es wird mit dem

Zustandkommen windig aussehen. Denn zu einem Weltkongress gehören auch Teilnehmer, und die auf den angezogenen Gebieten anerkannten Autoritäten werden kaum die Kosten an Zeit und Mitteln aufwenden, der Bourgeoisie gefällig zu sein. Die Teilnahme an den Weltkongressen würde sich dann auf die Stippenblaten des Besitzes beschränken, jenes Schmaroger- und Kafalenhums, die je nach der Summe, die sie erhalten, Alles zu beweisen haben und auch versuchen.

Auf dem Kongress über die Arbeiterfrage soll über folgende Unterfragen verhandelt werden: Ueber den Fortschritt der Arbeiterbewegung bis zum Jahre 1893; die industrielle Lage der Frauen und Kinder in den verschiedenen Ländern der Welt; die Arbeitsstatistik; die Literatur über die Arbeiterbewegung; die industriellen Organisationen; die Arbeitergesetzgebung; die brennenden Fragen der Arbeiterbewegung; die Streitigkeiten zwischen Arbeit und Kapital; die Hilfsmittel gegen auftauchende Schwierigkeiten und die Mittel zur Sicherung des weiteren Fortschrittes innerhalb der Grenzen der Gesetze, der Ordnung und des Friedens. Wir glauben dem Kongress die richtige Würdigung angedeihen zu lassen, wenn wir den Vorschlag machen, die Pächter, die den Schlagschaber Ausstand zur Menschenschlächterelei ansarten ließen, die Herren Carnegie und Fried, zu Präbidenten und die Herren v. Stumm und Bueck zu Sekretären zu designieren. Als Motto über den Eingang zum Kongresssaal dürfte sich die Sentenz empfehlen: Die Sozialdemokratie kann nicht todtgeredet, sie kann nicht todtreformirt, sondern sie muß todtgeschossen werden.

Leute, die sich als parlamentarische Führer der herrschenden Klassen aufstellen und die von einer Laienhaftigkeit befallen sind, daß diese nicht einmal die Verwunderung eines deutschen Professors zu erregen vermag, werden niemals Einfluß auf die Arbeiterbewegung gewinnen, derselbe kann sich nur dahin äußern, daß sie, von unerbittlicher Nachsicht getrieben, den Einzelnen schwer zu schädigen, ja zu vernichten vermögen. Darüber hinaus hört aber ihr Machtbereich auf. Vor dem Diktum der internationalen Arbeiterkongresse müssen sie die Segel streichen. Darum blickt das arbeitende Volk aller Länder vertrauensvoll nach Zürich, wissend, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse sein muß.

„Neue Tischler-Zeitung“.

Zur die allergrößten Sälber wählen ihre Metzger selber.

Wer weiß nicht, daß es Gesetze gibt im deutschen Reich? Jeder fühlt es, spürt es an sich und seinem Nächsten.

Viele Gesetze gelten für Deutschland, manche davon sind dem Volke nützlich, andere schädlich, noch andere nützen ihm weder, noch schaden sie ihm. Wer ist es nun, der diese Gesetze macht, die schlechten, wie die guten und auch die belanglosen, die weder Fisch, noch Fleisch, weder gerabe noch krumm sind? Der Reichstag? Jawohl, der Reichstag, doch nicht er allein, denn hinter dem Reichstag steht noch eine andere Macht.

Hinter dem Reichstag steht das Volk. Der Reichstag wird ja durch Wahlen gebildet, und wer sind die Wähler? Das Volk. Der Reichstag — das sind die Reichstagsabgeordneten, und diese werden von dem Volk gewählt; wenn das Volk gute Abgeordnete wählt, werden auch die Gesetze gut, und wählt es schlechte Vertreter, so fallen auch die Gesetze schlecht aus. Wir sehen dabei für den Augenblick davon ab, daß im deutschen Reich der Wille des Bundesraths und des Kaisers von entscheidendem Einfluß für das Zustandekommen von Gesetzen ist. Also ist es in letzter Linie das Volk selbst, das die Gesetze macht, das Volk durch seine Vertreter im Reichstag.

Es hängt somit vom Volke ab, ob die Gesetze gut sind oder schlecht. Das Volk ist selbst schuld an schlechten Gesetzen. Wie es selbst die Rechte schmiedet, mit der es wirtschaftlich gefesselt wird, so bindet es auch selbst die Rechte, mit der es politisch gefesselt wird.

Auf zweierlei Weise schadet das Volk sich selbst in der Politik: entweder dadurch, daß es Abgeordnete wählt, die nicht seine, nicht Volksinteressen vertreten, sondern irgend welche andere Interessen; oder dadurch, daß es sich an den Wahlen nicht beteiligt. Jeder Abgeordnete wird gewählt durch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Wenn also in einem Wahlkreise das arbeitende Volk an der Wahl nicht theilnimmt, dann sind es die wenigen Reichen, die Kapitalisten, welche allein den Abgeordneten wählen. Selbstverständlich werden sie einem Manne ihre Stimme geben, der ihre Interessen vertritt und nicht die ihrer Arbeiter. Wenn dagegen das arbeitende Volk an den Wahlen theilnimmt, so hat es die Macht in seiner Hand, denn es bildet die Majorität: es gibt ja bei weitem mehr Arbeiter als Kapitalisten.

Es gibt aber nichts Dümmeres, als an den Wahlen nicht theilzunehmen. Die Männer, die da sagen: die Politik sei ihnen Wurst, sie kümmern sich nicht darum, und die den Wahlen fern bleiben, oder die Frauen, die aus irgend welchen Rücksichten ihren Männern sagen: „Daß es gut sein, was braucht Ihr Euch hineinzumengen, die Anderen werden auch ohne Euch fertig,“ — die zeigen eben, daß sie nichts wissen, nichts verstehen. Hier kann, hier darf es keinen Indifferentismus geben. Die Gesetze treffen Jeden, einerlei, ob er gewählt hat oder nicht; folglich muß auch Jeder besorgt sein, daß solche Gesetze zu Stande kommen, die seinen Wünschen entsprechen. Wer sagt, es sei ihm gleichgültig, wer im Reichstag sitzt, der sagt mit anderen Worten, es sei ihm gleichgültig, ob er Steuern zu zahlen habe oder nicht.

Die Frauen sind vom Wahlrecht ausgeschlossen, deshalb glauben viele von ihnen, für sie sei es von keinem Belange, wie die Reichstagswahlen ausfallen, wer im Reichstage zu sitzen komme. Dies ist falsch, denn obwohl sie selbst nicht wählen dürfen, werden sie doch von den Gesetzen, die der Reichstag macht, getroffen. Auch sie zahlen Steuern, die indirekten wie die direkten. Der junge Mann, der zum Militär muß, hat nicht bloß einen Vater, er hat auch eine Mutter, die durch seine Berufung unter die Fahne in Mittelbenschaft gezogen wird.

Bei den Reichstagswahlen ist das arbeitende Volk den Kapitalisten über oder kann ihnen wenigstens über sein. Da nämlich die Arbeiter und Bauern die Masse des Volkes ausmachen, so wären sie im Stande, nur ihre eigenen Vertreter zu wählen und einen Reichstag zusammenzubringen, der ihre Interessen wahrnimmt und nicht den reichen Progen Liebesdienste leistet. Das arbeitende Volk könnte mittelst eines solchen Reichstags Gesetze schaffen, die den wirtschaftlichen Druck des Kapitalismus wenigstens etwas erleichterten. Es könnte die Gesetze des Reichs zu seinem Nutzen und Frommen machen, wenn es immer nur seine eigenen Vertreter, die wahren Volksvertreter wählte. Thut dies aber das Volk? Nein.

Sehen wir uns doch einmal an, wie der Reichstag zusammengekehrt ist. Da gab es in dem Reichstag, der eben aufgelöst wurde, 125 Großgrundbesitzer, fast lauter adelige Herren vom reinsten himmelblauen Blute mit langen, gedrehten Namen, von denen sich wie ein Champagnerbouquet verbreitet. Sind sie etwa die Vertreter des arbeitenden Volkes? Was wissen die Herren von Arbeit? Sie wurden ihr Leben lang gepflegt und gehätschelt, brauchten nie sich auch nur im geringsten abzugeben, kennen weder Arbeit noch Noth. Was wissen die Herren vom Volk? Sehen sie den gemeinen Mann, so rumpfen sie die Nase, stets hielten sie sich vom Volk fern, das in ihren Augen etwas Niedriges, Gemeines ist, der Pöbel. — Und die Herren sollen nun Vertreter des arbeitenden Volkes sein? Ein Räger, der's sagt. Sie waren, sind und können nichts Anderes sein, als Vertreter ihrer selbst, der Großgrundbesitzer — der Land- und Kornwucherer, die ihre Pächter drücken, ihre Knechte und Mägde ausbeuten, die das ganze Volk ausaugen durch künstlich in die Höhe geschraubte Kornpreise. Die Bauern waren so thöricht, sie in den Reichstag zu schicken — die Bauern haben ihr Wahlrecht, ihr gutes Recht dazu gebraucht, eine Peitsche mit 125 Enden zu schleichen, mit der sie selbst und das ganze arbeitende Volk geschlagen werden.

Dann gab es im Reichstage 63 im Staatsdienste befindliche höhere Staatsbeamte. Die waren eben — Beamte, Vertreter des Staates, der Regierung und nicht des Volkes. Und dennoch wurden sie durch das Volk gewählt!

Weiter sahen im Parlament 69 Kapitalisten — Fabrikbesitzer, Bankiers, Rentiers etc., und 20, die wir als den Nebentropf des Kapitalismus bezeichnen wollen: Fabrikdirektoren, Bankdirektoren etc., Leute, die gewöhnlich durch Geld und Dumm mit den Kapitalisten gehen. Arbeiter, sind das etwa eure Vertreter? Kann der Volk die Sache der Schafe vertreten, können die Ausbeuter die Sache ihrer Ausbeuteten führen? Ist es unter solchen Umständen ein Wunder, daß

der Reichstag und statt eines Arbeiter schützgesetzes ein Arbeitertruggesetz geschaffen hat! Und dennoch haben die Arbeiter diese Leute in den Reichstag geschickt.

Dem Reichstag gehörten ferner an 25 Geistliche oder sonst im Dienste der Kirche stehende Männer. Was haben diese im Parlament zu thun? Ist ihnen nicht schon das Seelenheil anvertraut? Was haben sie mit dem irdischen Heil zu schaffen? Sie dienen der Kirche und im Dienste der Kirche sind sie im Reichstag, — der Reichstag ist aber nicht für die Kirche da, sondern für das Volk.

Im ganzen Reichstag gab es nur ungefähr 30 Leute, die dem arbeitenden Volke entstammten; die übrigen Reichstagsabgeordneten waren Vertreter der sogenannten „liberalen Berufsarten“; Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, von denen die meisten durch Abstammung und Berufstätigkeit mit den besitzenden Klassen aufs Engste verknüpft sind.

So war der letzte Reichstag zusammengesetzt, so waren auch alle seine Vorgänger zusammengesetzt. Was so ein Reichstag an Gesetzen zusammenbringt, das läßt sich wohl denken, mehr noch, das weiß das Volk aus Erfahrung, aus bitterer Erfahrung. Es müßte ein Wunder genannt werden, wenn dem anders wäre. Woher sollen diese Leute die Kenntniß des Volkes und seiner Leiden nehmen? Sie gehören ja der entgegengesetzten Gesellschaftsrichtung an; sie leben ja vom Volke, durch die Arbeit des Volkes. Wenn es Knechte gibt, so sind das ihre Knechte, sie selbst sind die Herren — des Volkes Leiden machen ihr Glück. Wenn sie für das Volk sind, so sind sie gegen sich — werden sie sich, ihre eigenen Interessen preisgeben, dem Volke zu Liebe? Eher das Volk, sich zu Liebe.

Ein ergötzliches Schauspiel und ein trauriges Schauspiel — ein Schauspiel ohne gleichen! Zur Reiche der Insekten wollten die Mücken einen Staat bilden und zu diesem Zwecke Volksvertreter wählen — und wen wählten sie? Lauter Spinnen. Ist es nicht dasselbe, wenn das arbeitende Volk die Kapitalisten, seine Ausbeuter, in den Reichstag wählt? So krümme doch deinen Rücken, thörichtes Volk — du hast Liebe zu empfangen, du hast keine Dentur zu Volkerverweigerung gemacht! Aber wen soll nun das arbeitende Volk wählen? Wen? Wor Altem hat es sich Klar zu machen, wen es nicht zu wählen hat!

Es soll nicht Leute wählen, welche ihm, dem Volke, nicht angedören oder die ihm nicht mit Leib und Seele ergeben sind. Wer sind das aber? Das sind alle Diejenigen, die über dem Volke stehen, die auf dem Volke sitzen, es mit ihrer ganzen Last drücken, die von ihm zehren und schmarozen.

Solche Leute sind nicht schwer vom Volke zu unterscheiden. Die Arbeiter wissen, wer Fabrikant ist, die Bauern wissen, wer ein Großgrundbesitzer ist. Uebrigens wollen ja diese Herren selbst vor Allem nicht dem Volke angehören, sie selbst suchen sich auf irgend welche Weise vom Volke, von gemeinem Volke unterscheidbar zu machen. Sie verkehren nicht mit diesem, sie bilden ihre eigene, die „hohe“, die „gute“ Gesellschaft. So mögen sie auch bei dieser Gesellschaft bleiben, so mögen sie auch von dieser Gesellschaft gewählt werden. Ist es nicht eine Schande für das arbeitende Volk, daß es 39 Grafen, Barone, Prinzen in den Reichstag als seine, als Volksvertreter gesendet hat?

Mit all solchen „Volksvertretern“ muß aufgeräumt werden. Es darf keiner von ihnen in den Reichstag hinein. Sie mögen sich an ihresgleichen wenden, wenn sie ins Parlament wollen — aber, freilich, nicht ein einziger von ihnen wird dann im Reichstag sitzen. Auch keine Kapitalisten im Reichstage! Hinans mit ihnen, sie gehören nicht hinein! Sie sind Volksbedrucker, sie können nicht für das Wohl des Volkes sorgen!

Wählen muß das Volk seine eigenen Vertreter, Leute, die ihm selbst angehören, oder die ihm mit Leib und Seele ergeben sind. Es müssen Männer sein, die eins sind mit dem Volke, die keine anderen Interessen kennen als die Volksinteressen und für diese allein eintreten.

Solche Männer, das sind die Sozialdemokraten. 26 der sozialdemokratischen Abgeordneten waren Arbeiter, wenn die übrigen auch keine Handarbeiter sind, so standen sie doch Jahre lang im Dienste des Volkes und haben ihre Umgebung für die Sache der arbeitenden, ausgebeuteten Masse bewiesen in Zeiten der schlimmsten Noth und Gefahr. Die Sozialdemokraten werden die Interessen des Volkes nicht verrathen, sie sind keine Ausbeuter, sie sind Diener des Volkes — nur durch sie allein kann sein Wille zur Geltung kommen. Solche Männer müssen in den Reichstag. Nicht 36 nur, sämtliche 397 Abgeordnete müßten Sozialdemokraten sein.

Wenn dies einmal der Fall sein wird, oder wenn wenigstens die Mehrzahl der Abgeordneten Sozialdemokraten sind, dann würde es ganz anders aussehen im deutschen Reich, als wie es jetzt darin aussieht. Dann hat die Ausbeutung der fleißigen Arbeits-

blenen ein Ende, dann wird das Wohl des Volkes wahrgenommen und geschützt, nicht aber das Interesse weniger Begünstigten. Denn die Sozialdemokratie ist das arbeitende Volk selbst, sie ist die wahre rücksichtslose Vertretung der Volksinteressen! „Gleichheit“.

Die Geschäftsstockung.

Es stellt sich immer klarer heraus, daß die heutige Geschäftsstockung viel mehr ist, als eine vorübergehende Erscheinung, sondern, daß sie den Anfang des Unterganges unserer Wirtschaftsordnung bedeutet. Unsere heutige Produktionsweise ist auf den Export und die damit zusammenhängende Weltkonkurrenz aufgebaut, die das Wohl des eigenen Volkes vollständig vernachlässigt, die um des Weltmarktes willen die Kaufkraft des einheimischen Marktes durch Lohnabzüge und Arbeiterauspöwerung, durch Vernichten des Mittelstandes mit vernichtet. Das ging sehr gut, so lange die europäische Industrie ein solches Uebergewicht über die Industrien der anderen Erdtheile hatte und diese also mit ihren Waaren verkehren konnte. In sehr schnellem Maße haben aber die überseeischen Länder auch ihre Industrien entwickelt. Vorne an Amerika, dann aber auch Japan, China und andere Länder.

Nordamerika ganz besonders hat in den letzten Jahren ungeheure Fortschritte gemacht. Dieses Land, das nicht durch enorme Summen für Fürsten-Geschickungen und Soldatensucht ausgebeutet wird, kann seine Verkehrswege in uns kaum glaublicher Art entwickeln und die Hilfskräfte des Landes sich nutzbar machen. Man bedenke, was an Eisenbahnen, Kanälen u.s.w. bei uns gebaut werden könnte, wenn die „Bivillisten“ der Fürsten und die Kosten der Arme zu nützlicheren Zwecken verwendet werden könnten.

Es gibt freilich noch eine ganze Reihe von Gewerben, in welchen Europa dank seiner älteren Kultur dem jüngeren amerikanischen Staate voran ist und auch noch ein halbes Menschenalter lang voraus bleiben wird. Es sind dies die Gewerbe der Kunstindustrie, der feineren Metallwaaren, Kunstguth und überhaupt der Luxusindustrie in Geweben, Stickerien u.s.w. Sie verlangen einen Stamm ausgebildeter Kräfte, die nur zu erziehen sind in langjähriger Schulung, in der der Lehrling immer zuletzt den Meister übertrifft, indem er dessen Erfahrung weiter entwickelt, sich an ältere Vorbilder anlehnt. Die Ueberlieferung, ohne die eine künstlerische Ausbildung unmöglich zu denken ist, fehlt eben noch in Amerika.

Dagegen hat es besonders in der mechanischen und chemischen Industrie schnell Europa erreicht und übertrifft, denn hier liegen sich die wissenschaftlichen Errungenschaften unserer Kultur leicht übertragen und mit den nicht von Fürsten und Militär ausgezehrten Mitteln zur hohen Vollkommenheit entwickeln. Dem genialen Erfinder stehen in Amerika die Summen zur Verfügung, die in Europa zu Hoffesten und für Soldaten verschwendet werden.

Die Folge ist die gewesen, daß, wie der „Berein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ es ausdrückt, „demnächst nordamerikanische Großstahlfabrikanten in Europa konkurrenz auftreten werden.“

Die amerikanische Zollpolitik geht allem Anscheine nach zu dem Versuch über, die europäischen Zollstrafen für seine Waaren zu sprengen. Der taktische Weg für dieses Vorgehen müßte sehr einfach sein. England neigt so wie so zur Freihandelspolitik, weil es dabei Vorteile hat. Wenn ihm Amerika, das sich durch die hohen Zölle des Mac Kinley-Tarifs geschlossen hat, die Eröffnung seiner Grenzen gegen freie Einfuhr der amerikanischen Produkte in England anbietet, wird England sich kaum ablehnend verhalten. Deutschland und die anderen europäischen Länder müßten dann sich beifügen, das Beispiel Englands nachzuahmen, wenn sie nicht den amerikanischen Markt ganz an England preisgeben wollen. Das bedeutet, sie müßten ihre Landwirtschaft, den Bergbau und die gröbere Eisenindustrie preisgeben, um mindestens die feineren und mehr künstlerischen Industriezweige zu retten, weil sonst Alles verloren glüge. Die kolossale Verschiebung, die dann in den Besitz- und dadurch in den Machtverhältnissen eintreten müssen, werden bei uns der heutigen „Ordnung“ den Todesstoß geben.

Das Junkerthum, die Hauptstütze der heutigen Staatsordnung würde sich nicht mehr behaupten können, somit würde ein wesentliches Hinderniß des sozialen und politischen Fortschrittes beseitigt. Es kann der Fall eintreten, daß die freie Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus Amerika gerade zuerst zur Sozialisirung der Landwirtschaft zwingt, da die großen Güter nicht mehr genügende Kapitalrenten geben können und anders als nach sozialen Grundsätzen, bei welchen nicht der Kapitalprofit, sondern die Herstellung der Verbrauchsgegenstände die Grundlage der Herstellung ist, nicht mehr zu bewirtschaften sind, daß also der Grundbesitz zuerst in die Hände einer

sozialen Gemeinschaft übergehen müßte. Die Berg- und Hüttenindustrie würde dann ziemlich gleichzeitig in die Nothwendigkeit versetzt sein, aufzuhören oder sich auch nach den Grundfragen der Sozialdemokratie einzurichten.

Man glaube nicht, daß das Phantastegedicht sind, die erst in weiter Ferne nebelgrau erscheinen. Die amerikanische Eisenindustrie hat sich so ungeheuer entwickelt, daß sie schon heute bedeutender ist, als die englische, und sie nimmt jetzt erst den Anlauf zu einem weiteren großen Sprunge. Es bildet sich augenblicklich eine Bergbau- und Hüttenbetriebsgesellschaft mit vierhundert Millionen Markt Grundkapital. Das ist freilich kaum die Hälfte von dem, was in einem Jahre in Deutschland das Militär und die Hofhaltungen kosten, aber man sieht, warum wir da nicht mithun können.

Augenblicklich wird freilich durch eine falsche Manipulation, durch übertriebene Vermehrung des Silbergeldes in Amerika, die Wirkung der Ueberlegenheit der dortigen Industrie sehr gehemmt, es scheint aber, als ob noch in dieser Präsidentschaftsperiode der Fehler verbessert werden soll.

Unsere Industrie, unser ganzes Geschäftsleben leidet heute und es sind nach dem Dargestellten schlechte Aussichten, daß sich diese Leiden vermindern werden. Zeitgemäße Reformen verhindert das Junkerthum, das, um seine schwankende Machtstellung zu erhalten, den Staat gerne opfern möchte, und den nach dem Grundsatz: „Nach uns die Sintfluth“ wirtschaftenden bürgerlichen Besitz. Man steuert in den Zusammenbruch hinein ohne etwas zu thun, das uns in ruhiger Art in den unvermeidlichen sozialen Staat hinführen könnte. Man ist machtlos, ratlos; es fehlt Einsicht sowohl als guter Wille.

Mittelstand und Arbeiterschaft leiden gleichmäßig, finden für ihre Leiden aber nur taube Ohren. Jede Maßregel endet mit einem Geschenk an die Junker, mit einer neuen Belastung der ärmeren Klassen. Die Ausbeutung wird gesteigert, der Druck auf die Arbeiter besonders verschärft und doch rückt der Zusammenbruch des ganzen Systems täglich sichtbar näher.

Die schlechte Ernte, die uns die trockene und kalte Witterung wahrscheinlich bringen wird, wird im nächsten Winter leicht die Noth der Arbeiter und der Kleingewerbetreibenden ganz ungewöhnlich verschärfen, aber uns dem Endziele unseres Strebens auch erheblich näher bringen. Tritt in diesem Jahre wieder eine Missernte ein, so wird sich der Abschluß gegen die amerikanische Zufuhr kaum aufrecht erhalten lassen. Es würde die erste Dreesche in die auf Ausbeutung der Massen zu Gunsten weniger gegründeten Schutzgölle gelegt sein.

Das ist es, wenn wir sagen, die wirtschaftlichen Revolutionen vollziehen sich nur im Wege der Entwicklung. Diese Entwicklung kann von unseren Gegnern nicht aufgehalten werden, alle ihre Maßregeln stauen sie höchstens für eine Zeit an, um sie dann, wenn die Hindernisse durch die mächtigen Thatfachen beseitigt sind, nur um so machtvoller fortzuschreiten zu lassen.

Das gibt uns den stolzen Muth, die sichere Zuversicht, die uns von Sieg zu Sieg führen.

Wie Baron Rothschild für seine invaliden Arbeiter sorgt.

Furchtbar ist das Bild, das man von der Lage der Arbeiter erhält, wenn man amtliche Statistiken mit sehenden Augen studirt. Die großen und nächtlichen Zahlen aber, so belehrend sie sind, bleiben todt und abstrakt, wenn man nicht im Einzelnen das individuelle Schicksal und die Lebenslage von Proletariern kennen zu lernen sich bemüht. Um die Massenerschütterung zu verstehen und zu würdigen, ist es nothwendig, einzelne Fälle genau ins Auge zu fassen. In Folgendem wollen wir den Lebenslauf eines Arbeiters schildern, der in nichts ein außergewöhnlicher ist, der als einer von Zehntausenden gearbeitet, seinen Ausbeuter bereichert hat und zuletzt auf die Straße geworfen wurde.

Johann Holinka ist heute 40 Jahr alt und arbeitet seit seinem 16. Jahre in den Kohlen- und Eisenwerken der Herren Rothschild-Guttmann. Erst war er beim Bergbau und hat im Jahre 1872 als Feuer ausgeleert. Er verdiente zu jener Zeit etwa vierzehn Gulden im Monat und darüber. Bald darauf kam er vom Tiefbau zur Arbeit in den Witkowiher Eisenhütten. Er begann als Maschinenführer bei der Puddlung und verdiente täglich fl. 1.30. In den Jahren 1873 bis 1876 nahm ihn das Militär in Anspruch und er erwarb sich Verdienste um das Vaterland als Tambour. Seine Konduite war eine vorzügliche. Als er zurückkam, arbeitete er in Witkowitz weiter. Durch fünfzehn Jahre war er Schmelzer auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit und konnte in der Woche 16—20 fl. verdienen. Im Jahre 1890 erreichte ihn sein Unglück. Ein Vorgesetzter zwang ihn, trotz seiner Warnungen zum Probeeinsatz des

Ofens zu einer unrichtigen Zeit. Das glühende Metall flog ab und war nicht zu bändigen. Er erlitt eine Verbrennung, die ihn für Wochen zunächst arbeitsunfähig machte und mit einer ausgebeuteten Verwundung an der rechten Seite des Rumpfes endete. Er war wieder gesund, aber zu keinem Geschäft als Schmelzer konnte er nicht mehr zurückkehren. Die Narben schmerzten ihn bei jeder starken Bewegung und als er sich schon daran gewöhnt hatte und die Narben genügend ausgeheilt waren, blieb eine Empfindlichkeit der Haut zurück, welche ihn verhinderte, die ungeheure Hitze, welcher er bei seinem früheren Berufe ausgesetzt war, zu ertragen. Die Rothschild'sche Hüttenverwaltung hatte ein Einsehen mit ihm. Er war als Schmelzer nicht mehr zu brauchen, er wurde als Tagelöhner verwendet. Hatte er früher sechzehn Gulden wöchentlich verdient, so bekam er jetzt, nachdem er sich seine Verwundung im Kriegsdienste des Gottes Mammon zugezogen hatte, als Veteran fl. 1.20 täglich, also fl. 7.20 wöchentlich. Seine Beschäftigung war eine verschiedenartige, aber immer eine furchtbar anstrengende. Im strengen Winter 1878 hatte er die Aufgabe Pferde zu ersehen, um, vor einen Schlitten gespannt, Holz zu ziehen. Vier Mann zogen in tiefem Schnee einen Schlitten, auf welchem zwei Meter Holz lagen. Am 9. Januar fühlte er während der Arbeit plötzlich furchtbare Schmerzen, jeder Athemzug that ihm weh, er mußte aufhören und schleppte sich nach Hause. Der Arzt erklärte ihm, er möge sich beruhigen, die Sache sei nicht lebensgefährlich, er habe sich nur einen beiderseitigen Weissenbruch zugezogen. Trost mag ihm der Gedanke gewährt haben, daß ihm sein Weissenbruch bei einer „arbeiterfreundlichen“ Robott erwachsen sei. Das Holz, welches er führte, wurde in die Arbeiterwohnungen geschleppt. Er lag nun mehrere Wochen vollständig arbeitsunfähig. Als er wieder auf die Beine gekommen und mit Bruchband versehen war, stellte sich mit dem Aufhören des Frankengeldes das Bedürfnis ein, für sich, seine Frau und seine zwei Kinder Brod zu schaffen; er stellte sich bei der Verwaltung vor und wurde in der That als Wächter angestellt. Aber den glänzenden Posten hatte er nur vierzehn Tage inne. Dann sagte man ihm, man könne ihn nicht weiter brauchen, es seien Andere da. Als er darauf hinwies, daß er ja durch volle 25 Jahre seinem Herrn, dem Baron Rothschild, treu und ehrlich gedient, und daß er als Invalide nirgends anders Arbeit finden werde, wiederholte man ihm, es nütze alles nichts, es sei eben kein Posten für ihn da. Der Chefarzt, Dr. Muntz, gab ihm eine Anweisung auf Unterstützung an die Werkskanzlei. Als er sie abgeben, erhielt er folgenden Brief als Antwort:

Nr. 10600/I.
Direktion der Witkowiher Bergbau- und Eisenhüttenwerkschaft.

Johann Holinka, Zabrach
Um Unterstützung und Wiederaufnahme.

Ueber Ihr Ansuchen vom 5. April a. c. können wir Ihnen nur wiederholt mittheilen, daß wir keine für Sie geeignete Beschäftigung zu vergeben haben und hätten Sie sich um eine solche bei den Betriebsvorständen zu bewerben, welchen die Aufnahme von Arbeitern überlassen ist.

Zu einer Unterstützung finden wir uns nicht bestimmt.

Witkowitz, 6. April 1893.

Direktion der Witkowiher Bergbau- und Eisenhüttenwerkschaft.

In Vertretung des Direktors: Krämer.

Nun ging er von einem Betriebsvorstand zum andern, überall wurde er abgewiesen, überall wurde ihm gesagt, er möge seine Abfindungssumme eintasiren und gehen. Und so oft er den Herren deutlich machte, daß ihn die paar Gulden Abfindung unmöglich länger als ein halbes Jahr erhalten könnten, und er dann dem Hunger preisgegeben sei, so oft antwortete man ihm mit einem Achselzucken. Der Verwalter Ruffe in der „rothen Ziegelei“, dem er eindrücklich Vorstellungen machte, sagte ihm schließlich in bezeichnender Weise: „Wir sind komplot. Schlagen Sie einen todt, wenn Sie einen Nagel haben wollen.“

Und nun steht der Mann als Invalide mit seiner Familie auf der Straße. Es wird versucht werden, sein Recht auf Invalidenunterstützung geltend zu machen, aber die Statuten der Bruderlade in Witkowitz sind so schlau abgefaßt, daß es recht zweifelhaft ist, ob es gelingt.

„Schlagen Sie einen todt, wenn Sie einen Nagel haben wollen.“ Das könnte man für wahr als ein treffendes Wort für unsere ganze Wirtschaftsordnung bezeichnen, über die Worten jeder Ausbeutungsstätte setzen. Es sind zu viel von ihnen da, von den arbeitslosen Proletariern, einer beritt dem andern den Weg, einer nimmt dem andern das Brod vor dem Munde weg. Denn darüber ist gar kein Zweifel, wer todtgeschlagen werden muß, wer zu viel auf der Erde ist; gewiß nicht Herr Baron von Rothschild, gewiß nicht seine „Pächter“, die Barone Guttmann, sondern irgend ein Proletarier, der arm und

elend, vielleicht ein Krüppel wie Pollnka selbst, dort Reichthum schafft für die Rothschild und für die Guttmann.

Sozialdemokratie und Sozialreform.

Die sozialpolitische Thätigkeit der Sozialdemokratie begegnet vielfach falscher Auffassung und zwar nicht bloß durchweg bei den Gegnern, sondern hier und da bei eigenen Lager. Während erstere in der Regel jede unserer sozialpolitischen Forderungen und Aktionen nicht anders als unter dem Gesichtswinkel der „Verheugung und Aufreißung“ betrachten, erblicken letztere in solchen Forderungen Symptome von Schwäche und Unzulänglichkeit, die nur geeignet seien, unser Ziel: die Ueberwindung der heutigen Gesellschaft durch den Sozialismus, zu verzögern und überflüssiger Weise hinauszuführen. Es gibt aber noch eine dritte Spezies von Gegnern, die die Sozialdemokratie bei den Arbeitern damit zu verleumden suchen, daß sie diesen erzählen, sie wollten dieselbe nicht, weil sie befürchten, daß damit die Arbeiter aufleben gemacht und sodann ihnen — den sozialdemokratischen „Wählern“ nämlich — keine Herfolge mehr leisten würden.

Alle drei Kategorien von Gegnern sind im Unrecht.

Den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Sozialreform hat der bekannte schweizerische Sozialdemokrat Paul Brandt in einem Vortrage, den er in einer akademischen Gesellschaft hielt, trefflich gekennzeichnet. Gegen den Vorwurf sich weinend, die Sozialdemokratie wolle keine Sozialreform, verweist Brandt zunächst auf den Pariser internationalen sozialistischen Arbeiterkongress, welcher die internationale Arbeiter-schutzgesetzgebung auf sein Banner geschrieben und zum Behufe der praktischen Agitation für dieselbe die internationale Demonstration für den achtstündigen Arbeitstag am 1. Mai jedes Jahres beschlossen hat.

In der That gibt es keine entschiedeneren Anhänger und Freunde, Befürworter und Förderer der nationalen und internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung und damit der Sozialreform, als die Sozialdemokraten aller Länder, die sich denn auch, sobald sie in irgend ein Parlament der Welt gewählt worden sind, heftig, diesbezügliche Anträge einzubringen.

Freilich muß diese heute so vielgerühmte Sozialreform ihren Namen auch verdienen. Sie darf sich also nicht, wie die Wiswartz'sche etc., fügen wir hinzu, wie die österröische, auf eine klägliche unzulängliche Kranken- und Unfallversicherung und eine im Uebrigen ganz schwächliche und zumelst nur auf dem Papier stehende sogenannte Arbeiterschutzgesetzgebung beschränken.

Eine Sozialreform, die diesen Namen verdienen will, darf nicht warten mit ihrer Hilfe, bis der Arbeiter krank geworden ist oder einen Unfall erlitten hat, sondern muß vielmehr darauf ausgehen, der Krankheit und den Unfällen möglichst vorzubeugen, der Arbeitslosigkeit der Massen zu wehren und die Arbeiter in den Stand zu setzen, sich, ohne zu Entbehrungen genöthigt zu sein, einen vor öffentlicher Unterstützung bewahrten Lebensabend zu sichern. Sie muß also mit einem Wort prophylaktisch sein, vorbeugend wirken. Und daß dies auf dem Wege einer möglichst ausgedehnten und treu durchgeführten Arbeiterschutzgesetzgebung möglich ist, sollte keines Beweises bedürfen.

Die Sozialreform wird von der Sozialdemokratie als ein Mittel — nicht als Zweck — begrüßt, weil dieselbe die fortschreitende Verarmung und damit die geistige Schwächung der Volksmassen aufzuhalten, ja — wenn ernsthaft in die Hand genommen und mit Entschiedenheit durchgeführt — dieselbe nach und nach bis zu einer gewissen Höhe zu heben im Stande ist und folgerichtiger Weise die Möglichkeit zu einer friedlichen, organischen Umgestaltung der Gesellschaft darbietet.

Auf der anderen Seite jedoch wird und muß die Sozialdemokratie, wenn sie anders nicht sich selbst untrenn werden und ihre eigenen Grundsätze preisgeben, ja verleugnen will, immer und immer wieder betonen, daß es mit der Sozialreform nicht gethan sei, daß vielmehr eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft, eine gänzliche Neuordnung der Produktion zu helfen vermöge.

In der That: Wer sich die Dinge ruhig überlegt und vor den Konsequenzen nicht zurückfährt, muß den Sozialdemokraten Recht geben.

Wie einerseits die moderne Entwicklung von sich aus zur Verdrängung des Kleinbetriebes, zur Konzentration der Kapitalien hindrängt, so muß andererseits gerade eine wirksame Sozialreform nur förderlich wirken. Denn es ist ganz klar, daß die Vasten, welche der Produktion damit aufgebürdet werden, wiederum dazu beitragen müssen, die Zahl der Kleinen zu mindern und die Kapitalkraft der Großen zu vermehren. So werden sich schließlich die große Masse Derer, die nichts

haben, als ihren Kopf und ihre Hände, und die kleine Zahl Derer, die über die Kapitalien der Erde verfügen, gegenüberstellen, und das ist eine Gesellschaft, der zu einer vollständig sozialdemokratisch organisierten nichts fehlt, als daß man an die Stelle der wenigen Großkapitalisten die Gesamtheit setzt: eine Proletur, die unter so bewandten Umständen an Einfachheit nichts zu wünschen übrig ließe.

Mit oder ohne Sozialreform entrinnt man also der Sozialdemokratie nicht.

Denn auch ohne Sozialreform wäre man nicht gegen sie gefeit. Nur bestände und besteht hier die große Gefahr, daß wir auf diesem Wege der Barbarei entgegengehen, daß die wachsende Verarmung der Massen schließlich nur eine Horde von Sklaven, von Wilden übrig lassen würde, die wohl im Stande wäre, das Bestehende in Trümmer zu schlagen, nicht aber an die Stelle des zerstörten Alten etwas Neues, Vernünftigeres, Besseres zu setzen.

Darum ist es auch so unwahr als irgend möglich, wenn man die Sozialdemokratie als bloß zerstörend, als grundstürzend, als Vernichtung der Gesellschaft, als Appell an die rohen Leidenschaften der Massen darstellt. Das gerade Gegentheil ist wahr: erhalten will die Sozialdemokratie, was an unserer Kultur und Zivilisation werthvoll ist, bewahren vor dem Untergange, und darum appellirt sie an den Gemeinfinn der Bürger, darum agitirt sie für die Organisation der Massen, und Organisation bedeutet allenthalben Ordnung, Gesetz, Vernunft.

Aber wie gesagt, ob mit oder ohne Sozialreform: der Sozialdemokratie entrinnt man nicht. Der soziale Staat (richtiger die sozialistische Gesellschaft) ist das Ziel, dem die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung der Neuzeit mit Naturnothwendigkeit zuströmt, der ganz genau erkennbare Schlüsselpunkt der Entwicklung, in der wir gegenwärtig stehen, und nicht etwa erst einer ferneren Zukunft, durchaus nicht die Endstation der Bahn, welche die Menschheit zu durchlaufen haben wird, sondern die nächste Station, der wir mit von Haltestelle zu Haltestelle zunehmender Geschwindigkeit entgegenrücken. Die Sozialdemokraten machen bekanntlich aus ihrer revolutionären Gesinnung kein Geheim, sie sind aber nicht revolutionär im landläufigen, durchaus falschen, sondern in dem durch die Geschichte illustrierten, grundsätzlich allein richtigen Sinne. Denn das Heil von Putzchen, Petrol und Dynamit, von Attentaten und Verschwörungen, von Barrikaden und Freiheitsbäumen zu erwarten, das überlassen die Sozialdemokraten den sogenannten praktischen Anarchisten und den bürgerlichen Radikalen der alten Schule. Als moderne Menschen und Demokraten haben sie eine etwas weniger romantische und knabenhafte Vorstellung von der Entwicklung menschlicher Dinge und gesellschaftlicher Zustände.

Die Sozialdemokraten erwarten das Heil nicht von den üblichen „Revolutionen“, d. h. von einem kleineren oder größeren Putzch, sondern nur von einer Revolutionirung der Geister, der einzig wahren Revolution, die es gibt.

Daß diese nicht von heute auf morgen herbeizuführen, nach Belieben zu verabreden, sondern nur auf dem Wege der Agitation zu erreichen ist, leuchtet ein. Und so richten denn auch die Sozialdemokraten ihre ganze Kraft auf diese agitatorische und organisatorische Wirksamkeit. Die sozialdemokratischen Agitatoren sind dementsprechend durchgehends sehr nüchterne, kaltblütige Naturen, die sozialdemokratischen Truppen anerkanntermaßen die bestdisziplinirten, die man kennt.

Korrespondenzen.

Metall-Arbeiter.

Berlin. In der Mitgliederversammlung am 22. April verlas der Bevollmächtigte aus dem „Vorwärts“ Bekanntmachungen des Berliner Verbandes, woran sich eine Diskussion knüpfte, an der sich Bieweg und Berger beteiligten. Derselben erwähnten dann noch den Streik von Groß u. Graf. Alsdann bemängelte Berger die Streikparagraffen des D. M. V., besonders § 8. In der Herbergsangelegenheit stellte Kramer den Antrag, eine 7gliedrige Kommission zu wählen, von welcher jeden Abend ein Mann zu erscheinen hat, um zwischen 8 und 9 Uhr die Unterstützung auszugeben. Gewählt wurden Doring, Heidenreich, Ebrecht, Dunker, Bauerer, Kramer und Knappan. Die Zeitung zu versenden wurde dem Kollegen Dunker übertragen. — In der Mitgliederversammlung am 6. Mai hielt Kollege Gild einen interessanten Vortrag über die Gewerkschaften und ihre Bedeutung. An der Diskussion beteiligten sich Kollegen vom D. M. V. und Berliner Verband. Alsdann rügte ein Kollege vom D. M. V. den Arbeitsnachweis des Berliner Verbandes, daß die Berliner Kollegen den Vorzug haben. — Für den abgereisten Kollegen B. Niebe wurde

Seidenreich als Revisor gewählt. Abdann machte der Bevollmächtigte noch bekannt, daß die nächste Versammlung am 8. Juni stattfindet und forderte er zu zahlreichem Besuch auf.

Wismuth. Schon so oft ist den in Fabriken und Werkstätten noch herrschenden Uebelständen durch die Veröffentlichung derselben in der „Metallarbeiter-Zeitung“ abgeholfen worden. Und aus diesem Grunde wollen wir einige Uebelstände, die in der in Chemnitz Arbeiterkreisen rühmlichst bekannten Messingwaarenfabrik von Rudolf Barthel noch herrschen, der Öffentlichkeit unterbreiten.

Die Bezahlungsart wird hier im Großen betrieben, gegenwärtig arbeiten für diesen Fabrikanten 18 Dreher und 9 Dreherlehrlinge, 9 Schlosser und 6 Schlosserlehrlinge. Die Bezahlung lernen 4 Jahre, der Lohn steigt vom ersten Jahre von 2 M bis zum 4. Jahre 6 M pro Woche.

Jeder Sachverständige muß zugeben, daß diese Schlosserlehrlinge, wenn sie ausgebildet, überhaupt nicht als Schlosser arbeiten können. Sogar der Vater des Rud. Barthel wunderte sich darüber, daß sein Sohn die Schlosserlehrlinge vier Jahre lang lernen läßt.

Aber darum kümmert sich dieser „humane“ Fabrikant nicht, die Hauptsache bleibt doch für ihn die Ausbeutung. Die Dreherlehrlinge werden als Bohndrücker benutzt; obwohl der Wochenlohn kontraktlich festgesetzt ist, hat man einigen Akkordarbeit aufgedrungen, und zwar bekommen die Lehrlinge den dritten Teil vom Akkordpreis der Dreher, so daß sie nur mit Wägen und Mühen die Woche 4-7 M verdienen.

Die Gewerbeordnung scheint Rud. Barthel noch nicht durchzugehen zu haben, zu der Ansicht muß man wenigstens kommen, wenn man Folgendes liest: Die erwachsenen Arbeiter haben 1/4 Stunde Frühstück und Ruhepause, die jugendlichen Arbeiter 25 Minuten anstatt 1/4 Stunde, wie es die Gewerbeordnung vorschreibt.

Der Bagerist hat es dem Feuermann anheimgestellt, daß die Bezahlung nur 25 Minuten Frühstückspause haben, und demgemäß lautet auch der Feuermann. Gegenwärtig wird 11 Stunden täglich gearbeitet. Die Lehrlinge müssen Abends noch die Werkstätten aufräumen, so daß die Arbeitszeit auch für die jugendlichen Lehrlinge 11-13 Stunden täglich beträgt.

Und das Alles trotz der Gewerbeordnung. Die Löhne sind in 5 Jahren um 30 Prozent reduziert worden. Wenn man eine Akkordarbeit übernimmt, so muß man auch mit dem Meister über den Preis streiten, denn die Preise werden unaufrichtig herabgesetzt.

Wohnung, Schloßberg 2, 2 Treppen, und zwar Wochentags von 12-1 Uhr Mittags und von 7-8 Uhr Abends, an Sonntagen von 12-1 Uhr Mittags.

Göttingen. Am 13. Mai hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige Versammlung ab. Zum 8. Punkt der Tagesordnung, Stiftungsfest, stellte Kollege Biermann den Antrag, das Fest nicht zu großartig zu feiern, da wir diesen Winter schon verschiedene Vergnügen gehabt haben, sondern Samstag Abend gemütliche Zusammenkunft und Sonntag Nachmittags Ausflug zu halten.

Da die Versammlung aber zu schwach besucht war, stellte derselbe seinen Antrag zur nächsten Versammlung zurück. Im Verschiedenen wurde der schlechte Besuch der Versammlung gerügt. Die Verhältnisse sind hier so traurige, wie sie wohl selten in einer Stadt existieren, darum, Kollegen, fordern wir Euch auf, besucht die Versammlungen und führt dem Verbandsleiter mehr Kollegen zu, denn nur Einigkeit macht stark.

Hildesheim. Auch hier haben wir die leidige Thatsache zu verzeichnen, daß in den Fabriken zwar viel gearbeitet aber wenig verdient wird. Ferner haben wir viele Arbeiter, aber wenige sind Verbandsmitglieder.

Die beiden Faktoren sind es, die solche Fälle, wie nachstehende, noch möglich machen. Die hiesige Ahlborn'sche Fabrik hat rund 120 Arbeiter, wovon nur ein geringer Teil organisiert ist, was man sehr bald an der Behandlung merken kann.

In dieser Fabrik ist nun besonders der noch gar nicht lange dort angestellte Meister der Klempnerwerkstatt erwähnenswert. Der Meister Böttge bringt es fertig, bestimmte Arbeit in Akkord zu vergeben, die schon lange dort gemacht wird und wofür auch ein Akkordlohn bestand.

Neustadt a. Odt. In der am 6. Mai abgehaltenen Generalversammlung wurde die Ergänzungswahl vorgenommen. Als Bevollmächtigter wurde gewählt Heinrich Müller, Eisenleger; als Schriftführer Karl Reinwald, Installateur; als Revisoren: Schlechte, Simon, Müller.

Offenbach a. M. Nachdem wir die Spalten der „Metallarbeiter-Zeitung“ für viel zu werthvoll halten, um uns in eine, durch die Frankfurter Korrespondenz und das Eingehen des Ausschuhvorsitzenden hervorgerufene Zeitungs polemik einzulassen, erklären wir, daß der ganze Sachverhalt, wie er von Seiten der Frankfurter hingestellt wird, ein vollständig verdrehter ist und schon die Vermuthung, man hätte eine polizeiliche Aufklärung herbeiführen wollen, eine hier nicht näher zu qualifizierende ist.

haben, die nähere Umgebung abzugrenzen. Wir werden es weiter unterlassen, uns in Zeitungsstreitereien einzulassen, in Versammlungen stehen wir den Herren Aug' in Aug' Rede, kommen sie nur zu uns, wenn sie vermuthen, man hätte unseren Kollegen die Sache entzweit berichtet.

Regensburg. 28. April. In der heutigen Versammlung wurden 3 neue Kollegen aufgenommen. Die Angelegenheit, betr. die Zustände auf Magyritte, wurde dem Agitationskomitee zur Erledigung übertragen.

Regensburg. 30. April. Am 30. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1 hielt ein Kollege einen 1 1/2 stündigen Vortrag über Zweck und Ziele des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Regensburg. 30. April. Am 30. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1 hielt ein Kollege einen 1 1/2 stündigen Vortrag über Zweck und Ziele des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Regensburg. 30. April. Am 30. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1 hielt ein Kollege einen 1 1/2 stündigen Vortrag über Zweck und Ziele des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Regensburg. 30. April. Am 30. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1 hielt ein Kollege einen 1 1/2 stündigen Vortrag über Zweck und Ziele des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Regensburg. 30. April. Am 30. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1 hielt ein Kollege einen 1 1/2 stündigen Vortrag über Zweck und Ziele des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Regensburg. 30. April. Am 30. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1 hielt ein Kollege einen 1 1/2 stündigen Vortrag über Zweck und Ziele des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

lung ersuchen wir diejenigen Mitglieder, die sich und bereit sind, für den Verband agitatorisch durch Abhaltung von Versammlungen und Vorträgen zu wirken, uns ihre Adresse baldmöglichst anzugeben.

Wir ersuchen ferner die Verwaltungsstellen und Vertrauensmänner, alle irgendwie entbehrlichen Gelder unverzüglich an die Hauptkasse einzusenden, damit wir den für den Verband eingegangenen Verbindlichkeiten gerecht werden können.

Das Mitgliedsbuch Nr. 42892 des Formers Friedrich Seust, geb. zu Bernburg, 7. Januar 1876 wird hiermit für ungültig erklärt.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Feilenhauer und Schleifer von Bernburg und Linden bei Hannover, Metallarbeiter aller Branchen von Solingen und Mannheim.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß die Delegirtensteuer bis jetzt nur zur Hälfte eingegangen ist und daß zur Bekämpfung der Gesamtuntkosten die regelmäßigen Verbandsbeiträge zum Theil verwendet worden sind.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1.

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkongressmarken ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Entscheidungen

des Reichsversicherungsamts.

Invaliditäts- u. Altersversicherung.

(Bohnarbeitsverhältnis oder Mitunternehmerchaft?) Der Kläger war bei seinem Sohne, einem Schmiedemeister, als Geselle gegen freie Wohnung und Verköstigung, sowie gegen eine baare Arbeitsvergütung von 1 M 50 S wöchentlich beschäftigt, welche sich dann noch erhöhte, wenn der Betrieb des Schmiedehandwerks in Folge vermehrter Aufträge und Einnahmen dies gestattete.

Während das Schiedsgericht den Kläger als Mitunternehmer seines Sohnes ansah und ihm die Altersrente ab sprach, hat das Reichsversicherungsamt der hiergegen eingelegten Revision unter dem 22. Dezember 1892 mit folgender Begründung stattgegeben:

Das Schiedsgericht verneint das Vorliegen eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses zwischen dem Kläger und seinem Sohne aus dem Grunde, weil die Baarzahlungen, welche der erstere für seine Thätigkeit erhalten, sich nach den Einnahmen des Schmiedehandwerks richteten hätten und sich daher nicht als Lohn für geleistete Arbeit, sondern als Antheil am Unternehmervergewinn darstellten.

Die Annahme, daß die dem Kläger zu Theil gewordene Baarzahlung sich als ein Antheil am Unternehmervergewinn dargestellt habe, verneint aber auch insofern gegen den Inhalt der Akten, als nach den Angaben der Vertreterin des Klägers im schiedsgerichtlichen Termin, sowie namentlich auch nach der hiermit übereinstimmenden Aussage des als Zeuge vernommenen Sohnes des Klägers eine baare Arbeitsvergütung von 1 M 50 S wöchentlich fest vereinbart war, und nur die öfters, aber unregelmäßig erfolgte Gemährung einer darüber hinausgehenden Baarzahlung sich nach den Geschäftseinnahmen des Zeugen, mitbin nach dem besondern Umfange der Geschäftsaufträge und der zu leistenden Arbeiten richtete hat.

Die Borentscheidung unterliegt daher wegen Nichtanwendung der erwähnten Gesetzesvorschrift der Aufhebung. In der Sache selbst ist demnach die Altersrente zuerkannt worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Zu Anluß an die die Agitation betreffenden Beschlüsse der Generalversam-

(Voraussetzungen der Anrechnungsfähigkeit einer Krankheit.) In einer Altersrentensache handelte es sich darum, ob dem Kläger, der durch ein im Winter stärker auftretendes Bruchleiden wiederholt während mehrerer Monate an der Arbeit verhindert gewesen war, diese Zeit als „Krankheit“ gemäß § 17 Absatz 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes anzurechnen sei. Unter Aufrechterhaltung der dem Kläger günstigen Entscheidung des Schiedsgerichts hat das Reichs-Versicherungsamt in dem Revisionsurteil vom 8. Februar 1893 Folgendes ausgeführt:

Unter „Krankheit“ im Sinne der Arbeiterversicherungsgesetze ist ein anomaler pathologischer Zustand, ein Zustand der Störung der normalen Körper- oder Seelensbeschaffenheit zu verstehen (zu vergleichen Rosin, Recht der Arbeiterversicherung, Band 1 Seite 294). So wenig daher einerseits ein durch hohes Alter herabgerufener allmählicher Verfall der Kräfte, selbst wenn er zeitweilige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat, als Krankheit bezeichnet werden kann, so wird auf der anderen Seite der Begriff der Krankheit dann nicht auszuschließen sein, wenn die Altersschwäche einen vorhandenen krankhaften Zustand verschlimmert oder gar unheilbar gemacht hat, da in diesem letzteren Falle die Altersschwäche nicht die alleinige Ursache der eintretenden Erwerbsunfähigkeit ist. Allerdings wird im Falle der Unheilbarkeit des Leidens unter Umständen, sofern nämlich das Gesamtmaß der Erwerbsfähigkeit unter die im § 4 Absatz 2 bzw. § 17 Absatz 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bezeichnete Grenze gesunken ist, eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung nicht mehr ausgesetzt werden und deshalb auch von einer arbeitsunfähigen Krankheit im Sinne des § 17 Absatz 2 a. a. O. nicht die Rede sein können (zu vergleichen Revisionsentscheidung 196, Amtliche Nachrichten des R. V. A. S. u. A. B. 1892 Seite 140). So lange aber dieser Grad von Erwerbsunfähigkeit noch nicht erreicht ist, steht der Anrechnung der Zeit der durch die Krankheit herbeigeführten Arbeitslosigkeit kein Bedenken entgegen. Im vorliegenden Falle ist nun weder von der Beklagten behauptet, noch aus den Akten zu entnehmen, daß der Kläger bereits dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Gesetzes sei. Im Gegenteil ergibt der von ihm während der Sommermonate erzielte Verdienst, auf das ganze Jahr verteilt, immer noch eine Summe, die das Mindestmaß des § 4 Absatz 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes übersteigt; während der ortsübliche Tagelohn 80 \mathfrak{M} beträgt, hat der Kläger im Jahre noch etwa 133 \mathfrak{M} , also bei Annahme von 300 Arbeitstagen täglich mehr als 44 \mathfrak{M} verdient. Die Aussage des Zeugen läßt ferner erkennen, daß der Kläger bis etwa zum Jahre 1887 regelmäßig den Sommer und Winter hindurch gearbeitet hat, daß er aber von da ab in Folge eines Leidenbruchs, den er sich zugezogen, im Winter die Arbeit aussetzen mußte und nur noch im Sommer arbeitsfähig blieb. Sein hohes Alter war demnach jedenfalls nicht die alleinige und ausschließliche Ursache der im Winter eingetretenen Arbeitsunfähigkeit. Wenn dem gegenüber ausgeführt wird, daß es sich hier um keine „vorübergehende“ Störung der Gesundheit (zu vergleichen Revisionsentscheidung 146, Amtliche Nachrichten des R. V. A. S. u. A. B. 1892 Seite 55) handle, so trifft dies zunächst insofern thatsächlich nicht zu, als der Kläger in jedem Sommer wieder arbeiten konnte und nur im Winter an der Thätigkeit verhindert war. Aber selbst wenn ein der Heilbarkeit entzogener dauernder Zustand vorläge, so würde doch die mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitszeit nur dann nicht angerechnet werden können, wenn der Zustand des Klägers, in allen seinen Beziehungen und für das ganze Jahr betrachtet, ein solcher wäre, daß gemäß § 4 Absatz 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes die Versicherungspflicht in Wegfall käme. Dies aber ist, wie erwähnt, vorliegend nicht der Fall.

Gerichts-Zeitung.

Das Schöffengericht in Mettersen hat die Vertheilung von Flugzetteln während der Kirchzeit für eine „geräuschvolle Arbeit“ erklärt und deshalb fünf Parteigenossen wegen Uebertretung der dänischen Sabbathordnung zu je 6 \mathfrak{M} Geldstrafe verurtheilt. Die Verurtheilten haben dagegen Berufung eingelegt.

Reichsgerichtsentcheidung. Ein für die gesamte Presse wichtiger Urtheil wurde vom 3. Strafsenate des Reichsgerichts gefällt. Es handelte sich um die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil des Landgerichts Magdeburg vom 26. Januar d. J., durch welches der Nebakteur der „Magdeburger Volksstimme“, Dr. Heinrich Bug, von der Anklage, die Offiziere, Unteroffiziere und Gemeinen der preussischen Armee beleidigt zu haben, freigesprochen worden ist. Inkrimirt war ein Artikel

unter der Ueberschrift „Militarismus“, welcher am 28. Mai v. J. in dem genannten Blatte erschien und aus dem „Hamburger Echo“ entnommen war. Es waren darin die einige Tage vorher bekannt gewordenen Ausschreitungen einzelner Offiziere z. erwähnt worden, wobei sehr kräftige Worte mit einfließen, u. A. wor gesagt: es gehöre zum Ton, gegen das Jbidipad in ebenso bummer wie brutaler Weise zu pöbeln. Vom Landgerichte wurden folgende Thatsachen als erwiesen angenommen. Am 25. Mai 1892 benutzte ein Lieutenant in Mainz unbefugt eine Ackerfurche, wobei es ihm in Folge sehr antenden Ganges schwer wurde, die Furche einzuhaken. Er rebete einen Soldaten an, weil derselbe sich nicht bei ihm melde. Der Lieutenant glaubte sich beim Weitergehen durch Bemerkungen von Arbeitern belästigt, faßte an seinen Säbel und sagte: „Wollen Sie sterben? Wenn Sie nicht etwas kaltes Eisen in den Magen bekommen wollen, so entfernen Sie sich möglichst rasch.“ An einem anderen Tage kam der Hauptleutnant von Lucius in den „Englischen Garten“ in Mainz und stellte den Polizeibeamten R. darüber zur Rede, wie er sich unterziehen könne, seinen Hund anzugeigen, seine Hunde seien immer unter Aufsicht. Als R. entgegnete, er könne die Anzeile nicht zurücknehmen, erwiderte Herr v. Lucius: „Wollen Sie die Anzeile sofort zurücknehmen, Sie Gallunke, ich arreire Sie sofort.“ Der Beamte entgegnete, er set im Dienste, worauf der Lieutenant erklärte: „Ich stecke Sie nieder.“ Erst als ein anderer Antwesender mit einem Knüttel den Offizier bedrohte, wenn er den K. nicht in Ruhe lasse, entfernte sich Herr v. Lucius. Dann wird erwähnt, daß derselbe Lieutenant einen Zivilisten aufforderte, über sein vorgestrecktes Bein zu springen, wobei er ausrief: „Ihr sollt einen preussischen Lieutenant kennen lernen!“ Herr von Lucius ist deshalb disziplinarisch bestraft worden. Weiter war der Fall des Lieutenants Lehbeder in Mainz erwähnt, welcher einen Herrn mehrmals mit dem Säbel von hinten über den Kopf geschlagen hat. Von einem anderen Offizier in Speier wird berichtet, daß er wegen Mißhandlung und Beleidigung zu 43 Tagen Gefängniß verurtheilt worden ist, weil er einen Unteroffizier auf der Straße in's Gesicht geschlagen und gesagt hat: „So ein Saubund denkt, er braucht keinen Infanterie-Lieutenant zu grüßen.“ Endlich werden noch ähnliche Ueberschreitungen, die von Unteroffizieren zc. begangen sind, registriert. Das Gericht ließ nun dem Artikel folgende Beurtheilung zu Theil werden. Der Inhalt ist zwar drastisch und theilweise beleidigend. Nach dem Wortlaute erscheint es aber, daß der Artikel nur die Thäter, nicht aber alle Militärpersonen treffen wollte. Der Presse muß das Recht zuerkannt werden, Uebelstände zu besprechen. Hier handelte es sich um solche, nämlich um Ueberschreitung und Rohheit von Militärpersonen gegen Zivilpersonen usw., endlich auch um den Mißbrauch der Gewalt gegen Untergebene. Solche Handlungen verstoßen gegen die gute Sitte und die Anordnungen der Staatsbehörden. Alle die erwähnten Fälle fordern zweifellos die öffentliche Kritik heraus, und hierzu ist eine Zeitung ein geeignetes Organ. Einerseits werden die Uebelstände dadurch den Behörden bekannt gegeben, andererseits wird ein gewisser moralischer Druck auf die vorgesetzten Behörden ausgeübt, eine Unterjochung einzuleiten und eventuell eine Abstellung derartiger Mißstände herbeizuführen. Der Angeklagte handelte also in Wahrnehmung des berechtigten Interesses, welches jeder Staatsbürger daran hat, daß solche Handlungen nicht vorkommen. Auch glaubte man ihm, daß er subjektiv sich in dem guten Glauben befunden hat, daß eine Anrufung der Behörden nutzlos sei und nur eine öffentliche Beschuldigung das einzige Mittel zur Beseitigung der Mißstände bide. Einzelne Ausdrücke sind zwar sehr stark, wie z. B. „pöbelndes Rowdythum“, aber die zulässige Grenze ist nicht überschritten; die Ausdrücke waren der Sachlage entsprechend, jedenfalls nicht übertrieben. Deshalb war der Angeklagte freizusprechen. — Die Revision des Staatsanwalts wurde verworfen, da das Reichsgericht annahm, daß der Eröffnungsbeschlus entgegen der Behauptung völlig erschöpft worden sei, und daß das Gericht dem Angeklagten ohne Rechtsirrtum nach Lage des Falles den Schutz des § 193 zugebilligt habe.

Noch immer Nachwuchzen des Bergarbeiterausstandes. Der Bergarbeiter Schönwald aus Dortmund, der schon aus § 100 des Strafgesetzbuchs wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe, begangen in einer in Witten gehaltenen Rede zu einer viermonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt ist, hat wegen des gleichen Delikts, begangen durch die Herausgabe eines Flugblattes weitere 6 Monate Gefängnißstrafe zuerkannt erhalten. Schönwald, der selbstverständlich auf Arbeit in seinem Beruf niemals wieder rechnen kann, schlägt sich so eben mit Agentengeschäften durch. — Von

dem Schöffengericht in Ess... wurde der Bergmann Wandisch wegen eines Verbrechen aus § 7 des Dynamit-Gesetzes, auch während des letzten Ausstandes begangen, zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Im den Aufzug getrennter Arbeiterzeugnisse abzuschaffen, beschloß in Augsburg eine von 2000 Personen besuchte Versammlung, Zeugnisse mit dem Wort „ordnungsgemäß“ nicht mehr anzunehmen. Durch eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht ist nämlich erwiesen worden, daß das Augsburger Unternehmertum namentlich durch die Verwendung oder Nichtverwendung jenes Wortes die Arbeiter proffibirt. Unter den Augsburger Fabrikanten soll überhaupt der Aufzug der Kennzeichnung von Arbeitszeugnissen in einer Weise grassiren, wie selten anderswo.

Vermischtes.

Die Eröffnung der Weltausstellung in Chicago am 1. Mai schildert Hans Olsen, der Berichterstatter der „Magd. Ztg.“, in drastischer Weise. Wir entnehmen dem Berichte Folgendes: Wir saßen da an unseren biquenen Tischen mit gespitzten Ohren und gespitzten Weiskiffen, Papier vor uns ausgebreitet — und ventilierten in allen Sprachen der zivilisirten Erde den stolzen Gedanken, daß wir auf diesen 240 nummerirten Plätzen die gedruckte Meinung der gesammten Welt verträten. Hinter uns stieg die Tribünenwand in die Höhe, vor uns war ein aus starken Pfählen und Balken bestehendes Holzgerüst gezogen, dann kam ein von einer Kette von Holzkernen behalteter Respektzwischenraum von einem Meter Breite, und hinter diesem stand wie eine Mauer die Volksmenge. 200 Meter Breite, 100 Meter Tiefe — bis zum Beginn des Bassins. Manet man, daß auf dem Quadratraster 4—5 Personen standen, so ergibt das für diesen kleinen Abschnitt direkt vor der Tribüne — 90,000 Menschen. Das mußte man sich allerdings mit Zahlen klar machen, in der ungeheuren Umgebung erschien diese gestaute Masse als ein mächtiges Volksgebirge. Um 10 Uhr sollte Präsident Cleveland erscheinen, und es wurde Elf, und die Ehrenplätze waren noch immer leer. Die Menge wartete in größter Artigkeit. Von Zeit zu Zeit, wenn von irgend einer Seite aus das Herannahen von Equipagen bemerkt wurde, entstand das vielstimmige Geseul, das hier als Ausdruck des Beifalls, der Akklamation gilt, es ist ein helles, geböhntes, schmelzendes Geseul, das für europäische Ohren sich genau wie Verhöhnung anhört, steigert es sich zum Enthusiasmus, so ist es mit gellenden Pfiffen untermischt. Dieser seltsame Jubel erhob sich auch, als auf dem Bassin, das durch Kanäle Verbindungen nach allen Seiten hat, ein Kahn mit einem halben Duzend in vollem Federstuch prangender Indianer erschien. Die rothen Gentlemen landeten und begaben sich — mit der Witene, als ob sie hierher gehörten — unter die Volksmenge. Zu gleicher Zeit aber erschien mitten unter den barren Journalisten ein Herr von schlanter Gestalt, mit starkem Schnurr- und Knebelbart, blühenden Augen und auf die Säulter niederwallendem Lockenhaar, im eleganten schwarzen Pelzrock, einen grauen Niesen-Kalabreser auf dem Haupt, ging planbernd von Tisch zu Tisch und stellte sich vor: Kolonel Gody — mit dem Kriegsnamen Buffalo Bill. Der Trick mit den Indianern war seinem ingentosen Kopf entsprungen. „Sie gehören hierher — thun sie nicht! Sie haben hier noch vor 80 oder 70 Jahren den Waffel gelagt und Skalpe erbeutet. Ich wollte eigentlich, daß einer meiner Häuptlinge auf dem Ehrenplatz säße, bei dem Präsidenten und dem Herzog v. Veragua — es wäre sinnvoll gewesen, die Drei beisammen — aber Grover hat mich, abzusehen, so stehen sie unter dem Volk — all right.“ Buffalo Bill wurde übrigens von allen Spitzen mit größter Auszeichnung behandelt, Cleveland selbst begrüßte ihn auf's Freundlichste. „Er hat große militärische Verdienste“, sagt man hier, „und die Regierung braucht ihn“ — diesen Charlatan von Melembraension, der an allen Straßenecken auf bunten Plakaten prangt, hoch zu Holz über die Brärie sprengend und mit der Wische Glaslugeln schickend, die ein voranfgaloppirender Indianer in die Luft wirft. Wenige Minuten vor halb 12 erhob sich das Beifallsgepfeif: von allen Seiten wurde hunderttausendstimmig — und auf der Ehrentribüne erschienen nun die fehmlich Erwarteten, etwa zwanzig Herren. Mitten darunter die wassige Gestalt des Präsidenten. Er trat vor und mit humoristischem Augenzwinkern grüßte er die tobende Gesellschaft. Der kleine Herzog v. Veragua und höchst sein Bruder waren in bunten Uniformen erschienen, mit großen Epafoen, als Abmirale sagte man, aber sie erschienen mir mehr wie die zwei Mäge. — Ein Orchester intonirte den Columbusmarsch von Paine, dann kam ein Reverend und sprach ein Gebet, dann — trat vor dem ganzen feierlichen Programm nichts mehr in die Erscheinung. Die Menge vor

der Tribüne drängte nämlich vor, ganz laut und harmlos schrien es, aber nach einer Minute war der schmale Zwischenraum angefüllt. Die Holzkernen liefen herbei — die Wackeren hatten sich nämlich um einen deutschen Zeichner gedrängt, der lustig flüßigte und in einem milden Phantasienglück Wlge riß — sie versuchten zu halten, zurdäzudämmen... Lächerliches Bemühen! Sie werden an das hölzernen Geländer gequetscht, die starken Balken krachen, biegen sich — jetzt erheben sich Schreie aus der Masse, von allen Seiten erklingen in Todesangst Bitternde die Journalistenplätze, sie erklertern Bänke und Tische, Frauen und Kinder werden hinübergerettet, Ohnmächtige, alte Damen, denen die grauen Haare losgerissen um den Kopf hängen — die Situation war von abscheulicher Gefährlichkeit, denn hinter uns erhob sich die Tribüne, die im Verhältnis zu ihrer Belastung von schwächlicher Konstruktion war; ihre Erstärkung durch die vor Furcht Nasenden schlen jeden Augenblick bevorzustehen und damit eine Katastrophe. Der Präsident wurde aufmerksam gemacht, er kürzte die Feier ab, nach wenigen Worten, die auch die Nächsten nicht hatten hören können, drückte er den Knopf“. Die Fontänen des Bassins rauschten auf, nicht allzu ausgiebig, die Flaggen wurden auf Dächern und Masten gehißt, von einer goldenen Spitze, die in kolossaler Geschwindigkeit aus dem Bassin ragt, fiel die Kalle — sie stand dann, unfertig wie sie war, in einem Gerüst bis an die Pfähle, wie ein Riesensind, das im Aufstuh gehen lernt... Eine Stunde später bewegten sich auf dem Platz vor der Tribüne verirent noch einige zwanzig oder dreißig Leute, die ähnliches Interesse herbeigeführt hatte, wie mich, Schlachthummeler. Ich sah, daß sie mit Stöcken und Schirmen in der weichen Masse um sich herum wühlten. Dieser Boden gab herede Kunde. Hier lagen Hunderte von Gummischuhen, zertritten und durchweicht wie Lappen, Stöcke, Regenschirme, Kopfbedeckungen von aller Art, Zylinder, Mägen, Damenhüte mit Blumen und Federn, ja selbst Kleidungsstücke, ganze Francmücke in zerstückelten Gruppen, Alles durchnäht, verlotzt, in Fegen getraupelt... Die „worlds fair“ (die „Welt-Messe“) war eröffnet.

Die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften ist durch Reichsgesetz vom 10. Mai 1892 geregelt worden. Dieses am 1. Juli vorigen Jahres in Kraft getretene Gesetz wird für die Zeit der jetzt stattfindenden Frühjahrsübungen zur Anwendung kommen. Ueber die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen wird geschrieben: Nach der von den preussischen Ministern des Innern und der Finanzen ergangenen besonderen Anweisung an die Bezirksregierungen hat die Gemeindebehörde, welche die Anmeldung des Anspruchs auf Unterstützung entgegennimmt, festzustellen, zu welchem Zeitpunkt und auf welche Dauer derjenige, für dessen Familie Unterstützung nachgesucht wird, zur Uebung einberufen ist. Zu diesem Zwecke haben die Mannschaften des Beurtheiltenstandes, wenn derartige Unterstützungsanträge vor Beginn der Uebung gestellt werden, den Stellungsbefehl, und wenn sie nach beendigter Uebung angebracht werden, den Militärpaß als Ausweis vorzuzeigen. Als Uebungsverbände gelten die Stadt- und Landkreise. Die Organisation und Vertretung der Uebungsverbände regeln sich nach den Bestimmungen in den §§ 6—9 des Gesetzes über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888. Die Gesäfte der dort vorgesehenen Kommissionen sind in den Landkreisen von den Kreisassessoren, in den Stadtkreisen von den Magistraten, oder von den Kommissionen, welche nach den Gemeindegesetzen zu bilden sind, wahrzunehmen. Ueber die Stelle, welche die Auszahlung der angewiesenen Unterstützungsbeträge zu bewirken hat, sind weder in dem Gesetze vom 10. Mai 1892, noch in den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats nähere Anordnungen getroffen. Es soll dies jedoch so geregelt werden, daß die Unterstützungsberechtigten schnell und leicht die ihnen zustehenden Geldbeträge in Empfang nehmen können.

Für Verstaatlichung des schweiz. Hypothekensystems tritt der Vater „Arbeiterfreund“ ein. Er schreibt: „Die Hypothekarkredit der Schweiz betragen schon ca. 3500 Millionen. Von diesen 3500 Millionen sind aber in jetzzeitlichen Kantonalbanken nur 362 Millionen, also nur $\frac{1}{10}$ angelegt, die anderen $\frac{9}{10}$ liegen in anderen Banken oder bei Privatkapitalisten. Von diesen schweizerischen Kantonalbanken sind aber ein wesentlicher Teil keine reinen Staatsbanken, sondern Privat-Banken, so daß der Gewinn, den diese Banken machen, nicht voll und ganz dem betreffenden Staatswesen zufällt. Im Ganzen wird auf den 3500 Millionen Hypotheken ein Gewinn von 17—20 Millionen gemacht; da aber nur $\frac{1}{10}$ und von diesem Gewinn nur ein Theil auf reinen Staatsbanken angelegt ist, so wird

nur ein ganz minimaler Theil von diesen 20 Millionen Gewinn der Allgemeinheit zu fallen. Das Gros fällt in die Taschen einiger weniger Kapitalisten, um wieder als neues Tributium dem Volke auferlegt zu werden.

Der Achtstundentag soll für die britischen Bergarbeiter nunmehr gesetzliche Thatsache werden. Der mit 279 gegen 201 Stimmen gefasste Beschluß des Unterhauses zeigt, daß der Gedanke gesetzlicher Festlegung der Arbeitszeit zum Schutze gegen Ueberausbeutung mehr und mehr Boden gewinnt.

Die vom Abgeordneten Storey eingebrachte Vorlage bestimmt, daß eine jede Person im Verlaufe von 24 Stunden unter der Erde in einer Mine nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden soll, von dem Augenblicke an, wo dieselbe die Oberfläche verläßt, bis zu der Zeit, wo sie wieder oben erscheint, ausgenommen im Falle eines Unglücks.

Auf eine Uebertretung dieser Vorschrift soll eine Strafe von 40 Schilling für jede Person gesetzt werden, welche Summe der Eigentümer oder sein Agent zu zahlen hat. Die Regierung hat durch den Mund Gladstones zwar den Vorbehalt gemacht, daß die Ausführung des Achtstundengesetzes in den einzelnen Distrikten von den Beschlüssen einer Mehrheit der Bergarbeiter selbst abhängig gemacht wird, mit der Motivierung, daß von den englischen Grubenarbeitern nur ein Drittel für die Einführung des Achtstundentages sei und deshalb eine obligatorische Einführung desselben einen unberechtigten Zwang gegenüber der Mehrheit der Arbeiter bedeuten würde.

Über das Aufschlagsgewissen während der letzten Wahlen in Paris entnehmen wir der „Arbeitsbörse von Paris“ folgende nicht uninteressante Mittheilung: Während der letzten Pariser Wahlen waren 1800 Zettelankleber beschäftigt, die Tag und Nacht arbeiteten mit nur kurzen Ruhepausen zwischen zwei Rundläufen, indem sie sich auf Stöße von Plakaten ausstreckten, die auf dem Boden der Säuler für Veröffentlichungen umherlagen. Die Ankleber zogen in Trupps von 5 oder 6 aus und kleben jeder in einem Rundlauf 200—500 Plakate an.

Sie haben, wohl verstanden, genau Acht zu geben, die Plakate eines gegnerischen Kandidaten dabei zu übersehen. Es kommt nicht selten vor, daß ein Ankleber, der eben den Herrn X. angeschlagen hat, zwei Stunden später wieder kommt, um sehr gewissenhaft den Namen des Herrn Y darüber zu kleben und bei dem nächsten Rundgange ihn wieder durch den Namen seines Gegners zu bedecken. Für jeden Rundgang erhalten die Zettelankleber 5 Franken gleich 4 M. Sie verdienen dabei in den drei Wochen während der Wahlkampagne 25 M täglich im Durchschnitt.

Jeder Ankleber braucht für 1000 Plakate eine Klebstermenge von 20 Kilogramm, die Plakate wiegen 4 Kilogramm. Nehmen wir für Paris die Zahl der Kandidaten bei den Kommunalwahlen auf 600, und die Zahl der Plakate auf 15,000 für jeden Kandidaten an, so sind in den drei Wochen 9 Millionen Plakate angeklebt, die 36,000 Kilogramm Klebster verbraucht. Außer den Plakaten schickt jeder Kandidat den Wählern sein Glaubensbekenntniß und einen Stimmzettel unter Couvert, deren Adressen von etwa 1800 Schreibern, die 2,50 bis 3 Franc täglich erhalten, geschrieben werden.

Die Zeitung der königlichen Gewerfabrik in Erfurt hat, wie die „Thüringer Tribüne“ meldet, aus der Arbeitsordnung folgenden Artikel (Abs. 10 § 2) gestrichen: „Vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufständigung können Arbeiter entlassen werden: wenn sie unerlaubten Verbindungen oder einem Verein der Sozialdemokratie als Mitglieder angehören oder für deren Bestrebungen wirken, Beiträge leisten oder sammeln, sozialdemokratische Schriften selbst lesen oder weiter verbreiten.“

Wir trauern dem Landfrieden noch nicht. Der Buchstabe der bisherigen Praxis ist gefallen, die Praxis wird wohl bleiben. Das sicherste Mittel, die Staatsbetriebe zu richtigen Maximen zu veranlassen, ist eine im Sinne der Sozialdemokratie gute Reichstagswahl. Mögen die Er-

weiter Arbeiter deshalb alle Kraft daran setzen, daß unser Kandidat Gille aus dem Wahlkampfe als Sieger hervorgeht.

Frauenarbeit. In einem mit „Amazons of the forge“ (Amazonen der Schmelze) überschriebenen Artikel des „Horse shoer and hardware journal“ wird berichtet, daß eine große Anzahl Frauen Englands Verwahrung gegen ein vorbereitetes Gesetz einlegen wollen, welches die Beschäftigung von Frauen in Eisenwarenfabriken verbietet.

In den Fabriksstädten Großbritanniens arbeiten eine nicht geringe Anzahl Frauen in dieser Beschäftigung, sie fühlen sich ganz wohl dabei und sehen nicht ein, warum ihnen ihre Thätigkeit beschränkt werden soll. Sie wollen sich zusammen thun und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln jeden Einspruch in ihre Rechte abwehren. Die Mitglieder einer solchen Abordnung von „Amazonen der Schmelze“ kennen Phisie, Nervenschwäche u.s.w. natürlich nicht, wohl aber Kraft und Gesundheit. Eine von den Arbeiterinnen war 57 Jahre alt, von denen sie beinahe 40 mit Schmelzen hingedrückt hatte, abgesehen von der Zeit, die sie als Mutter ihren 14 Kindern hat widmen müssen.

Eine andere, ein Mädchen von 16 Jahren, die einen Hammer von 18 Pfund schwing, verteidigte ihre Beschäftigung mit allem Nachdruck und geballter Faust; sie behauptete, daß kein Gesetz das Recht habe, sich in ihre Geschäfte zu mischen. Ihre Erscheinung, so schreibt man, macht ihren Kampfesmutz erklärlich; sie hat die Schultern eines Athleten.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart S. P. W. Dieß Verlag) ist soeben das 3. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kapitalismus und Militarismus. — Die Nertengütergesetz in Preußen. Von Dr. Rudolf Meyer. (Fortsetzung.) — Das Ergebnis der Gewerbeausstellung in Bayern und Württemberg für 1892. Von Dr. Max Duard. — Die Parteien und die Militärfrage. Von Max Schöppel. — Litterarisches. — Notizen. — Feuilleton: Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren. Von Dr. Paul Ernst.

Die Thätigkeit des deutschen Reichstags von 1890—93. Mit einem Anhang. Preis 20 M. Berlin 1893. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. 176 Seiten. Dieses oben erwähnte Schriftchen können wir nur auf das Wärmste empfehlen. Allen denen, die agitatorisch in den Wahlkampf eintreten, ist die äusserst wohlfeile, handliche und übersichtliche Broschüre ein vortrefflicher Leitfaden. Das Buchchen, das in volksthümlicher, knapper Darstellung die parlamentarische Geschichte der letzten drei Jahre bietet, gibt über die brennenden Fragen, um die es sich jetzt handelt, sachkundigen und sachlichen Aufschluss.

Militarismus, Zölle, indirekte Steuern, Sozialreform, moderne Produktion und Handwerk, das Wahlrecht, die bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie werden gut und schlagend abgehandelt. Was der verflochtene Reichstag gesetzgeberisch „geleistet“, wie er zu den politischen Rechten und zum Arbeiterschutz Stellung genommen, die Materien der Versicherungsgegebung u. s. w. werden erörtert. Sehr nützlich ist auch der Anhang, der über die Kontrolle der Wahlen seitens unserer Genossen, über die gesetzlichen Vorschriften betr. des Wahlrechts, über Agitation (Flugblattvertheilung, polizeiliche Uebergriffe u. s. w.), blühenden Aufschluss gibt, gestützt auf die Entscheidungen des Reichstages. Zum Schluss sind Wahlgesetz und Wahlgesetz-Reglement abgedruckt. Wir empfehlen die Broschüre, die größte Verbreitung verdient und schon wegen ihres wohlfeilen Preises für den Massenbetrieb geeignet ist. Jeder Wähler, der sich politisch bethätigt, möge von dieser schneidigen Waffe Gebrauch machen.

Briefkasten.

Leipzig-Budweis. In der Rolle steht hoch die Chicagoer Adresse genau, an die man sich wenden soll. Wir können Ihnen keine weitere Auskunft geben.

S. Wolfenbüttel. Der Einsender ist uns bekannt und besetzt bei uns so viel Vertrauen, daß er den Stempel nicht nötig hat.

Stuttgart. Sie müssen uns Ihre nähere Adresse angeben.

Vereins-Anzeigen.

Altenburg. Sonnabend, 27. Mai, Kassenabend und Bücherumtausch im „goldenen Löwen“ von 8 Uhr an.

Döbeln. Sonnabend, 3. Juni, Abends halb 9 Uhr, „Mülkentrasse“ 1 Z., Zahlabend. Das Erscheinen Aller ist notwendig, da wichtige Mittheilungen vorliegen.

Portmund. Sonntag, 28. Mai, Abds. 8 Uhr, Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Spillingen. (Allg.) Samstag, 27. Mai, Abends 8 Uhr bei L. Schlegel zur „Bierhalle“, Versammlung. L. O.: Einzahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Ausflug nach Urach betr. Verschiedenes.

Göttingen. Sonnabend, den 27. Mai, Mitglieder-Versammlung.

Hohenstein-Ernstthal. Die von uns für Sonntag, den 14. Mai anberaumte Versammlung konnte wegen Verbots nicht stattfinden. Die Versammlung findet nunmehr Sonntag, 28. Mai statt. Lokal: „Sasthaus zur Beche“.

Kaiserlautern. (Allg.) Samstag, 3. Juni, Abends halb 9 Uhr im „Saalbau“ Mitglieder-Versammlung. L. O.: Erhebung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Verlesung der Abrechnung von März und April. Vorlesung und Diskussion. Verschiedenes.

Kaiserlautern. (Sektion b. Former.) Samstag, 3. Juni, Abends halb 9 Uhr, Generalversammlung im Lokale der „Wirtschaft zum Hecht“. L. O.: Erhebung der Beiträge. Lokalfrage. Verschiedenes. — Jugliche eruchen wir diejenigen Mitglieder, welche über 8 Wochenbeiträge schulden, nochmals, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls wir nach § 8 verfahren müssen.

Tübingen. Dienstag, 30. Mai, Abends halb 9 Uhr bei Seitz, Beberstraße 3, Werkstellenbelegter-Versammlung. Alle Werkstellen, auch diejenigen, wo noch keine Vertreter gewählt sind, müssen vertreten sein.

Mainz. Wir bringen hiermit den Mitgliedern zur Kenntniß, daß unser Versammlungslokal sich jetzt in der „Stadt Worms“, Rothe Kopfgasse, befindet, woselbst jeden Samstag Abend Versammlung, sowie Aufnahme neuer Mitglieder stattfindet. — Die Reisenden machen wir nochmals aufmerksam, daß das Reisegeld in der Herberge zur „Stadt Worms“, Rothe Kopfgasse, von 8—9 Uhr ausbezahlt wird.

Neustadt a. Orla. Alle 14 Tage Sonnabends Versammlung in Zimmermann's Tunnel. Nächste Versammlung Sonnabend, 27. Mai. — Die Restanten werden hierdurch auf § 3a aufmerksam gemacht.

Nürnberg. (Sektion der Roth- und Glodengießer.) Samstag, 3. Juni, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Restaurant Merl, Predelsgasse.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 3. Juni, Abends 8 Uhr im Vereinslokal Mitglieder-Versammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, daß er sich an der Versammlung betheiligt wegen wichtiger Besprechung.

Schnigling-Doos. Sonntag, 4. Juni, Vormittags 10 Uhr bei Spiegel in Muggenhof, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Stuttgart. (Sektion der Faschner.) Montag, 29. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Vogner, Christophstraße 9. L. O.: Aufnahme und Einzahlung. Rechenschaftsbericht. Verschiedenes. — Die Versammlung findet wegen der am Samstag stattfindenden Nebel-Versammlung am Montag statt. Die Kollegen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Witten. Sonntag, 28. Mai, Nachmittags 5 Uhr im Lokale des Herrn Dahn, Herbeestr. 8, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Fragelasten.

Tübingen. (Metallarbeiter-Krankenkasse.) Die Mitglieder-Versammlungen der hiesigen Zahlstelle finden von jetzt ab jeden ersten Sonnabend im Monat statt.

Penzig. (Fachverein der Metallarbeiter.) Sonnabend, 27. Mai, Abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. L. O.: Diskussion über die Lage der Metallarbeiter. Verschiedenes. Fragelasten.

Anzeigen.

Aufforderung. Der Former Ernst Höppner aus Hildesheim wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Cottbus nachzukommen.

Aufforderung. Unterzeichneter ersucht den Klempner Joseph Selbig aus Greifstadt, eingetretten in Dortmund, seine Adresse hierher gelangen zu lassen, wegen wichtiger Angelegenheit.

Michael Metz, Klempner, Dortmund, Heiligegeartenstraße 8.

Unserem Kollegen Franz Wohlmann zu seiner Vermählung herzliche Gratulation. Die Verbandskollegen der S. O. Dittich'schen Sieberel in Altenburg.

Sieben ist erschienen:

Protokoll

der I. ordentl. Generalversammlung

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,

abgehalten zu Altenburg vom 3. bis 7. April 1893.

104 Seiten. Preis 20 M. Bestellungen sind zu richten an den Vorstand des Deutschen Metallarbeit.-Verbandes in Stuttgart, Schlosserstraße 21/1.

Zur Anfertigung aller Buchdruck-Arbeiten,

insbesondere: Vereins-Statuten, Mitglieds-, Eintritts-, Geschäfts-, Distrikten-, Einzahlungslokal, in verschiedenen Farben, Formulare aller Art, Tabellen zum Markeneinleben für Mitglieder s. b. k. h. r., besagte Broschüren jeder Art, Flugblätter (Massenaufgaben mittelst Notationsdruck), Zeitungsbeiträge, ferner Preis-courants, Rechnungen, Quittungen, Briefköpfe und Couverts zc. zc. empfiehlt sich die unterzeichnete Buchdruckerei.

Durch vorzügliche maschinelle Einrichtung sind wir in der Lage, in kürzester Frist die Gesehbung größter Aufträge zu übernehmen. Billigste Preise und günstige Zahlungsbedingungen. Versandt nach auswärts bei Aufträgen im Betrage von über 10 M. franko. Wir halten uns den Genossen allerorts, besonders den Fachvereinen, Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen, sowie den befreundeten Geschäftstreibenden bestens empfohlen.

Wörlein & Comp. Buchdruckerei

Weizenstraße 12 u. 14.

Fahnen.

Für Fahnenvereine, Turn-, Sängervereine, Schützen-, Feuerwehr-, Vereine fertige in künstlerischer Ausstattung nach Original-zeichnungen

Vereins-Fahnen

vom billigsten bis zum feinsten Genre, sowie Fahnenbänder, Grünsrangsbänder, Vereins-Abzeichen, Fest- und Eintrittszeichen, Herren- und Damenschärpen u. s. w., gediegenste Ausführung und Verwendung von Prima-Material gesichert. (Nur Sanbarbeit.)

Für jede von mir gelieferte Fahne beste zweijährige schriftliche Garantie. Auf Wunsch sende Preis-courant gratis und franko. Zahlreiche Referenzen.

Marg. Grillenberger

Gold-, Silber- u. Seidensticker-Geschäft

Nürnberg, Weizenstraße 12/1.

Allen Metallarbeitern

empfehle ich recht Hamburger Englisch-Pederhasen

in allen Größen und Farben

1. Qualität (extra stark) M. 9.50
2. " " " " " 8.50
3. " " " " " 7.50
franko gegen Nachnahme. Siegfried Pelz in Nürnberg.